Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Enquetekommission
EKPr 17/11
04.09.2019

Enquetekommission III

11. Sitzung (öffentlich)

4. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:45 Uhr

13:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Stefan Nacke (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkt:

„Politische Bildung“ **3**

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

– *(Graphic Recording s. Anlage 2)*

* * *

„Politische Bildung“

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zur 11. Sitzung der Enquetekommission III. Ich begrüße, die Mitglieder der Kommission, die ständigen Sachverständigen sowie die geladenen Sachverständigen. Außerdem heiße ich Frau Ortelbach, die Graphic Recorderin, den Sitzungsdokumentarischen Dienst, Gäste, Medienvertreter sowie die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten der Enquetekommission willkommen.

Die Einladung ist Ihnen mit der Nummer E 17/878 zugegangen. Die Sitzung ist öffentlich.

Diese Sitzung soll in einem anderen Rahmen und an einem anderen Ort als üblich stattfinden. Wir haben beschlossen, ein partizipativeres Format zu entwickeln und keine klassische Anhörung durchzuführen. Deswegen soll diese Anhörung im Format eines Round-Table-Gesprächs stattfinden. Wir wollen damit viele Leute beteiligen und auch auf eine andere Art und Weise miteinander ins Gespräch kommen.

Die übergeordnete Frage ist, wie Nordrhein-Westfalen durch Bildungs- und Weiterbildungspolitik die Partizipation seiner Bürgerinnen und Bürger stärken und ein Bewusstsein für demokratische Strukturen fördern kann. Politik und politische Bildung müssen sich mit den Veränderungen und den Herausforderungen auseinandersetzen.

Sehr geehrte Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für die heutige Teilnahme aussprechen. Die Enquetekommission hat sich in den letzten Monaten intensiv mit dem Thema „Partizipation“ auseinandergesetzt. Ich bin sehr gespannt auf die heutige Diskussion.

Herr Dr. Martin Florack, ständiger Sachverständiger der Enquetekommission, ist beauftragt worden, diese Anhörung heute vorzubereiten und zu moderieren.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Sehr geehrte Damen und Herren, herzlich willkommen auch von meiner Seite. Ausnahmsweise sitzen die Abgeordneten heute in der zweiten Reihe. Dies ist kein Signal der Geringschätzung, sondern lediglich den Räumlichkeiten geschuldet, und dies soll unsere Diskussion nicht hemmen. Die räumliche Nähe sollte vielmehr dafür sorgen, dass wir noch intensiver miteinander ins Gespräch kommen.

Das Format dient als Fact Finding Mission für die weitere Diskussion der Kommission. Wir wollen neue Anregungen sammeln, querdenken und eine Gruppe zusammenbringen, die sich zwar zum Teil schon kennt, allerdings in dieser Konstellation noch nicht beisammengesessen hat. Ich hoffe, dass dadurch ein paar neue interessante Gedanken entstehen. Es soll aber auch die Möglichkeit für Abgeordnete und weitere Gäste bestehen, sich mit Fragen und Diskussionsbeiträgen zu beteiligen.

Im Vorfeld habe ich Ihnen schon einige inhaltliche Gedankengänge übermittelt, um Sie auf dieses etwas ungewohnte Format einzustimmen.

Zum Einstieg ein paar kurze Hinweise zum Format, damit auch alle im Bilde sind. Es werden gleich von Frau Dr. Helle Becker und von Herrn Florian Kotscha jeweils ganz kurze Inputs gegeben. Vielen Dank an Sie beide, dass Sie so kurzfristig bereit waren, diese Aufgabe zu übernehmen. Es geht dabei nicht um ein Referat oder einen wissenschaftlichen Vortrag, sondern lediglich um einen kurzen, prägnanten Input, der auch gerne ein bisschen provokativ formuliert sein darf, um die Diskussion anzuschieben.

Im Rahmen der Diskussion werden ganz normale Wortbeiträge zugelassen. Wenn Sie etwas beitragen möchten, dann geben Sie mir bitte ein Signal. Ich versuche, den Überblick zu behalten und mitzubekommen, wer sich meldet. Dementsprechend werde ich eine Rednerinnen- und Rednerliste führen und diese Liste der Reihenfolge nach durchgehen. Für Ihren Wortbeitrag haben Sie nur 60 Sekunden Zeit. Auf den ersten Blick klingt das wenig, das ist aber ausreichend, wenn man es bei nur einem Gedanken belässt. Im Vordergrund steht, dass ganz viele Personen zu einem Thema zu Wort kommen sollen. Bei anderen Anhörungen beobachten wir häufig das Phänomen, dass wir uns wechselseitig Dinge vortragen, die alle schon wissen. Aus diesen Ritualen und Routinen wollen wir ausbrechen – daher das derart angelegte Format.

Möchten Sie aber unmittelbar und sofort auf einen Wortbeitrag reagieren, weil Sie etwa Widerspruch anmelden oder etwas ergänzen wollen, dann besteht zu diesem Zweck die Möglichkeit einer sogenannten Kurzintervention. Bitte zeigen Sie den Wunsch dazu an, und Sie erhalten dann sofort die Möglichkeit, zu sprechen.

Es soll Wortprotokolle geben, die nicht gelesen werden. Um diesem Effekt vorzubeugen und den Blickwinkel auf das Thema noch etwas zu verändern, wird Stephanie Ortelbach die Ergebnisse in Form eines Graphic Recordings aufzeichnen *(s. Anlage 2)*. Ich hoffe, dass die Art und Weise der Darstellung noch ein paar weitere interessante Impulse einbringen kann, die uns Teilnehmern der Diskussion gar nicht bewusst war. Vielleicht ergeben sich bestimmte Cluster oder thematische Zusammenhänge erst beim Blick auf dieses Plakat, und wir erkennen erst im Nachhinein, dass wir über Dinge gesprochen haben, die uns in der Diskussion selbst noch gar nicht klar gewesen sind.

Im Vorfeld der Sitzung haben wir versucht, dass Themenfeld der politischen Bildung ein bisschen zu sortieren und zu kartographieren, also Längen- und Breitengrade einzuziehen. Anders als bei der Mercator'schen Weltkarte handelt es sich allerdings nicht um ein abgeschlossenes Format. Die Ideen und Themen, die ich Ihnen vorstellen möchte, sollen zwar die Diskussion strukturieren, aber so offen formuliert sein, dass auch neue Ideen eingebracht werden können. Sie sollen den Rahmen abstecken, über den wir uns heute unterhalten wollen. Einige Fragen sind bewusst sehr zugespitzt formuliert.

> (Mittels einer PowerPoint-Präsentation werden verschiedene Überschriften gezeigt; Folie: Prävention und Demokratieerziehung)

Zunächst stellt sich die Frage, in welchem Spannungsfeld sich die politische Bildung bewegt. Insbesondere in Zeiten zugespitzter und polarisierter Diskussionen gewinnt man den Eindruck, dass es ein sehr instrumentelles Verhältnis zur politischen Bildung gibt, dass es nämlich darum geht, eine eindeutig orientierte Demokratieerziehung zu leisten oder Risikovorsorge und Prävention zu betreiben. Es werden alle möglichen

Risikogruppen und Risikothemen definiert, gegen die man etwas unternehmen müsste.

Es stellt sich die wichtige Frage, ob möglicherweise auch eine Instrumentalisierung der politischen Bildung oder damit einhergehend auch eine Verkürzung ihres Auftrags droht. Dieses Thema reicht von der Prävention rechtsextremer Tendenzen bis hin zum Salafismus. Es stellt sich die Frage, wie sich politische Bildung auch jenseits dieses Präventionsgedankens sortiert. Was ist eigentlich noch Aufgabe der politischen Bildung, wenn sie sich nicht so instrumentell darstellen soll?

(Folie: Projektorientierung statt langfristiger Institutionalisierung?)

Das zweite Thema – es geht damit ein Stück weit einher – ist die Projektorientierung und geprägt von der Frage, welche nachhaltigen Formate zur Finanzierung politischer Bildung geeignet sind. Haben wir es mit einem Widerspruch oder einer Ergänzung zwischen Projektorientierung auf der einen und langfristiger, institutionalisierter Förderung der politischen Bildung auf der anderen Seite zu tun, oder besteht dazwischen vielleicht sogar ein konstruierter Widerspruch? Diese Frage ist durchaus wichtig.

Welche Projekte sind dazu geeignet, einen wirklichen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten? Welche sind vielleicht nur der politischen Großwetterlage geschuldet? Welche sind möglicherweise kontraproduktiv, weil sie kurz und strohfeuerartig ein Thema nach oben bringen, das in drei Jahren wieder vergessen ist? Was bringen solche Förderprogramme eigentlich? Wie nachhaltig sind sie? Welche anderen Wege und Formate kann es vielleicht geben? Vor welchen Herausforderungen stehen die Träger?

Vor zwei Tagen habe ich eine Ausschreibung des Wissenschaftsladens Bonn gesehen, bei der es um muslimisch geprägte politische Bildung ging. Die Ausschreibung war so kurios formuliert, dass man sich beim Lesen gefragt hat, warum unbedingt der Einschlag mit der politischen Bildung in der Ausschreibung enthalten sein musste und welcher Förderer dafür Geld gibt, dass diese Stelle über die politische Bildung finanziert wird. Mit dem Thema hatte das nämlich gar nichts zu tun.

(Folie: Analoge, politische Bildung, digitalisierte Jugendkultur?)

Das dritte Stichwort zielt eher auf eine Medienlogik oder Vermittlungsfrage ab. Gibt es noch die klassische, analoge, politische Bildung, die einer stark digitalisierten Jugendkultur gegenübersteht und deswegen an ihrer Zielgruppe vorbeisendet? Wen erreichen wir eigentlich noch mit welchen Instrumenten? Das kann man an den Universitäten wunderbar feststellen. Während diese sich noch mit ihren Facebook-Profilen abmühen, sind die Studierenden längst zu Instagram und Snapchat weitergewandert. Sie sagen, Facebook werde von den Großeltern genutzt.

Die Frage ist, ob dies in der politischen Bildung auch passiert und wir eigentlich die richtigen Formate haben, um bestimmte Zielgruppen zu erreichen, insbesondere die Jugendlichen. Aber diese Frage stellt sich nicht nur in Verbindung mit Kindern und Jugendlichen, sondern durchaus auch im Hinblick auf die Seniorengeneration, die Facebook nutzt. Es stellt sich natürlich die Frage, ob auch solche Formate ein Medium der politischen Bildung sein können.

(Folie: Politische Bildung, aber nur für manche?)

Das vierte Thema dockt an ein Thema, das wir in der nächsten Sitzung der Enquetekommission diskutieren werden, nämlich der soziale Verzerrung bei der politischen Partizipation. Wir stellen fest, dass die Frage, wer sich sowohl an Wahlen als auch an anderen Formen der politischen Partizipation beteiligt, einen stark selektiven sozialen Bias hat. Der klassische Nichtwähler ist nicht der Durchschnittsbürger. Wir haben keine Gleichverteilung, sondern wirklich eklatante soziale Verzerrungsprobleme, und zumindest deuten einige Indizien darauf hin, dass wir so etwas in der politischen Bildung reproduzieren. Möglicherweise gibt es in der gymnasialen Oberstufe wunderbare politische Bildungsprogramme, aber andere Zielgruppen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung werden davon überhaupt nicht erreicht.

Sollte man nicht ein paar Gedanken darauf verschwenden, wie man sich dieser Zielgruppen annehmen und diese soziale Verzerrung in den Griff bekommen kann? Das hat auch etwas mit den Methoden zu tun. Mir ist eine Veranstaltung in Erinnerung, die nicht unbedingt als politische Bildungsveranstaltung gedacht war. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Programms „Deutschland spricht“ bundesweit Workshops organisiert. Die Veranstaltungen waren sehr sprachlastig ausgestaltet und haben viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer extrem überfordert, weil sie in einem solchen Format nicht in der Lage waren, sich Gehör zu verschaffen. Dementsprechend hat das auch soziale Verzerrungseffekte nach sich gezogen. Die Frage, wie die politische Bildung darauf reagieren sollte, ist meiner Meinung nach wichtig.

(Folie: Politische vs. ökonomische Bildung vs. Demokratiepädagogik)

Die nächste Leitfrage tangiert eher das Binnenleben der politischen Bildung. Möglicherweise stehen wir vor wechselseitigen Kannibalisierungseffekten und Konkurrenz innerhalb der politischen Bildung, zwischen verschiedenen Disziplinen, Denkschulen und ideologischen Perspektiven. Droht nicht möglicherweise auch die Gefahr einer reinen Selbstbeschäftigung und damit der Irrelevanz weiter Teile dessen, was wir tun? Ich spitze das bewusst provokativ ein bisschen zu.

Gerade in Nordrhein-Westfalen kann das insbesondere mit Blick auf die schulische und politische Bildung eine wichtige Rolle spielen. Die Diskussion über Wirtschaft als Schulfach sei als ein Stichwort genannt. Die Fachverbände und die Fachdidaktik haben durchaus sehr unterschiedliche Perspektiven auf dieses Thema.

Aus der Außenperspektive, wenn man insgesamt etwas für die politische Bildung erreichen möchte, sind solche Gegensätze nicht unbedingt verständlich und manchmal auch kontraproduktiv. Insofern gehört dieses Stichwort im Sinne der Selbstreflexion zur Diskussion dazu.

(Folie: Hat die politische Bildung die richtigen Zielgruppen im Blick?)

Eine weitere Leitfrage bezieht sich auf die Zielgruppen. Wer sind eigentlich die Zielgruppen politischer Bildung? Mein Eindruck ist, dass ganz selbstverständlich Kinder und Jugendliche adressiert werden, auch weil die Annahme besteht, dass politische Bildung bei ihnen einen starken Sozialisationseffekt hat. Wer sich also im jugendlichen

oder jungen Erwachsenenalter nicht für Politik interessiert, wird das selten im höheren Alter tun.

Diese Annahme hat eine gewisse Berechtigung. Auf der anderen Seite kann man dagegenhalten, dass nicht nur Jugendliche und Kinder eine potenzielle Risikogruppe darstellen, sondern das Ausmaß politischer Ahnungslosigkeit auch bei Leuten über 60 durchaus stark verbreitet ist. Wie geht man eigentlich damit um? Wie erreicht man solche Zielgruppen? Worauf soll man sich konzentrieren? Wie geht man mit begrenzten Ressourcen um? Wo setzt man Akzente bzw. Schwerpunkte? Diese Frage zu stellen, lohnt sich.

(Folie: Herrschaftslegitimation und Überwältigung)

Bei der nächsten These vermittelt die auf der Folie aufgeführte Überschrift vielleicht einen falschen Eindruck: Herrschaftslegitimation bzw. Überwältigung. Es geht hierbei auch um die Frage, wie stark sich die Politik in die politische Bildung einmischen sollte. Die Frage ist so alt wie die politische Bildung selbst. Geht es darum, Herrschaft zu begründen und möglichst Unterstützung zu generieren oder geht es um kritische Haltungen und die Erzeugung von Mündigkeit, die dann aber möglicherweise auch zum gegenteiligen Effekt führt? Nicht-Partizipation ist schließlich auch eine Form von politischer Beteiligung; das vergisst man manchmal. Gerade die bewusste Entscheidung, nicht an etwas teilzunehmen und sich bestimmten Formaten zu verweigern, kann eine sehr mündige Entscheidung sein, die in einer Demokratie zum Problem werden kann.

Daraus abgeleitet stellt sich die Frage, wie stark und in welchen Feldern sich die Politik unmittelbar in dieses Feld einmischen sollte. Wo kann man Grenzen ziehen? Wo muss der Staat als Gesetzgeber oder Finanzier in Erscheinung zu treten? Diese Frage stellt sich insbesondere deshalb, weil es sich hier um eine Enquetekommission des Landtags handelt, und diese Frage möglicherweise sehr praktische Konsequenzen seitens des Gesetzgebers nach sich zieht.

(Folie: Partner oder Konkurrenten?)

Es stellt sich die Frage nach den Trägern und den Akteuren der politischen Bildung. Handelt es sich dabei eigentlich um Partner, die das gleiche wollen, oder konkurrieren sie beim Rennen um knappe Ressourcen? Graben wir uns gegenseitig das Wasser ab? Produzieren wir Kollateralschäden oder nichtintendierte Nebenfolgen durch Dinge, die wir wohlmeinend tun und die an anderer Stelle ganz große Probleme aufwerfen? Wie geht man eigentlich mit dieser doch sehr heterogenen Trägerlandschaft um? Das reicht von Fragen, wer eigentlich als Träger der politischen Bildung anerkannt wird, bis zu dem, was als Bildungsauftrag vermittelt werden soll. Das alles bewegt sich in einem großen Spektrum. Teilweise vertreten sie bestimmte Interessensgruppen. Sie müssen aber auch die heterogenen Erwartungshaltungen zusammenbringen und das in ein gemeinsames Bild überführen.

(Folie: Steckt drin, was draufsteht?)

Last but not least kommen wir zu der Qualitätssicherung. Bekommen wir das, was draufsteht? Was macht eigentlich gute politische Bildung aus? Welche Effekte kann man ernsthaft unterstellen und kann man diese überhaupt messen? Führt politische

Bildung zu besserer Demokratie? Um diese Fragen zu beantworten, müsste die Beweislage erst noch untermauert werden. Haben wir genug Empirie, die das nahelegt und rechtfertigt, oder nicht? Natürlich stellt sich diese Frage auch beim Blick auf das eine oder andere Angebot, das die politische Bildung zwar im Namen führt, aber mit Politik und erst recht mit politischer Bildung gar nichts zu tun hat.

Hiermit möchte ich überleiten zu den Impulsen von Frau Dr. Becker und Herrn Kotscha, mit denen Sie beide auch von meiner Meinung völlig abweichende Akzente setzen können. Mit meinem Einführungsvortrag möchte ich nicht den Anspruch auf eine vollständige Aufzählung aller möglichen Themen erheben. Ich wollte lediglich versuchen, das Thema etwas zu strukturieren, damit wir genug Material haben. Sie alle sind ganz herzlich dazu eingeladen, auch ganz neue Gedanken einzubringen und Akzente zu setzen.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin Geschäftsführerin von Transfer für Bildung, ein bundesweit arbeitender Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, in den Bereichen kultureller und politischer Bildung die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern, und zwar im Sinne eines Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis, aber auch zum Zwecke einer besseren Wahrnehmung und Berücksichtigung der Praxis in der Wissenschaft.

Warum ist das wichtig? Die Forschungslage zur politischen Bildung – insbesondere zur außerschulischen, politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – ist ausgesprochen schwierig. Das liegt zum einen an fehlenden Lehrstühlen. Wie Sie vielleicht wissen, haben wir in ganz Deutschland einen einzigen Lehrstuhl für politische Erwachsenenbildung, nämlich in Duisburg-Essen mit Prof. Dr. Helmut Bremer. Das liegt aber zum anderen auch an der Konzentration der politikwissenschaftlichen Fachdidaktik auf die schulische Bildung, und es liegt an der mangelnden Außenwahrnehmung des Forschungsbereiches, der in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften oder in der Sozialen Arbeit verortet ist, wo man sich ebenfalls mit politischer Bildung beschäftigt.

Alle diese Bereiche sind zudem ausbaufähig, also natürlich auch die Fachdidaktik. Es fehlt eine Forschungsförderung für die politische Bildung. Alle hier anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wissen, wie schwierig es ist, in die gängigen Forschungsprogramme zu kommen. In der Konsequenz gibt es wenig empirische Forschung, kaum Langzeitforschung, kaum sogenannte Pre-Post-, also Vorher-Nachher-Forschung, kaum Forschung aus unterschiedlichen Perspektiven zu einem Thema.

Diese Mangelsituation in der Wissenschaft beeinflusst natürlich die Professionalisierung politischer Bildung, vor allen Dingen außerschulischer Bildung, denn es gibt keine genuinen Ausbildungsgänge für die außerschulische politische Bildung, und es fehlt an der wissenschaftlichen Basis für deren Weiterentwicklung. Das bedeutet gleichzeitig, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem Feld, also Träger und Verbände, aufgerufen sind, ihr Personal selbst zu qualifizieren, was sie auch tun, was aber natürlich an begrenzte Ressourcen gebunden ist.

Schaut man sich die Situation aus einer anderen Perspektive an, relativiert sich diese Mangellage ein bisschen. Wir als Verein Transfer für Bildung versuchen gemeinsam mit der Transferstelle für politische Bildung, eine Dauerbeobachtung wissenschaftlicher Arbeit in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen durchzuführen, die sich mit jeweils unterschiedlichen Praxisfeldern beschäftigen, in denen politische Bildung vorkommt. Dieser Blick ist wesentlich breiter als der gängige.

Damit wird deutlich, dass es eine Vielfalt von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fachdiskursen gibt. Auf unserer Internetseite haben wir eine Landkarte der Forschung abgebildet – sie ist noch nicht ganz gefüllt. Wir versuchen, auf dieser Karte nach und nach Forscherinnen und Forscher zur politischen Bildung aufzuführen. Anhand dessen kann man die Vielfalt erkennen, nicht nur geographisch, sondern auch fachlich.

Außerdem haben wir eine Topographie der Praxis entwickelt, indem wir versucht haben, diese verschiedenen Praxisfelder zu beschreiben und sie zu unterfüttern, um zu zeigen, welche unterschiedlichen – im Luhmann'schen Sinne – Systeme zur politischen Bildung beitragen, die aber stark voneinander abgegrenzt sind. Diese Karte müssen Sie sich interaktiv vorstellen. Man kann die einzelnen Felder anklicken und dort sehen, nach welchen Rechtsgrundlagen die einzelnen Bereiche funktionieren sowie welchen Politikressorts bzw. welchem Wissenschaftsbereich sie zugeordnet sind.

Diese einzelnen Diskurse, Diskussionsplattformen, Verbände, Fachzeitschriften usw. sind ausgesprochen separiert, wenn nicht gar segregiert. Weder die Wissenschaft noch die Praxis und vor allem nicht die Politik nehmen die Vielfalt politischer Bildung wahr – schon gar nicht als Gewinn. Im Gegenteil: Aktuell zwingen sie die Akteure in den Praxisfeldern sogar dazu, sich noch weiter abzugrenzen. Herr Florack hat es gerade gesagt: Demokratieförderung, Demokratiebildung, politische Bildung, Demokratieerziehung, Preware/Prävention und andere – diese neuen Begriffe sind nur bedingt einer Fachdebatte um Konzepte entsprungen, sondern vor allem förderpolitischen Anforderungen an politische Bildung geschuldet.

Ich möchte ein paar simple Beispiele für nicht eindeutige Zuordnungen nennen: Dazu zählt etwa die Grenze zwischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Kooperationsprojekte zwischen Schule und außerschulischen Partnern, Förderprogramme für ganz bestimmte Zielgruppen oder die aus dem Boden schießenden Präventionsprogramme. Sich nicht eindeutig hier oder dort zuzuordnen, ist nur unter Strafe des Verlusts an Fördermitteln möglich.

Damit habe ich indirekt Antworten auf folgende Fragen gegeben: Droht eine Instrumentalisierung und Kannibalisierung politischer Bildung? – Sie passiert bereits und das nicht nur beim Thema „Prävention".

Liegt tatsächlich eine Art Konkurrenz bei der Projektorientierung statt einer langfristigen Institutionalisierung vor? – Wir verfügen kaum über langfristige Institutionalisierung, und das gilt nicht nur für die Praxis, sondern eben auch für die Wissenschaft.

Aus dem Gesagten ergeben sich auch Antworten auf weitere Fragen von Herrn Florack. Wie bewertet man die heterogene Trägerlandschaft? – Aus unserer Sicht eindeutig positiv. Man sollte diese Heterogenität unbedingt erhalten; denn wenn man bedenkt und fördert, dass unterschiedliche Träger – ich bevorzuge die Unterteilung in

Praxisfelder, weil verschiedene Träger auch in verschiedenen Praxisfeldern unterwegs sind – eine Vielfalt tatsächlicher und potenzieller Angebote bieten, die sich an unterschiedliche Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen richten, dann kann diese Vielfalt nur förderlich sein.

Bevor wir darüber sprechen, ob die politische Bildung die richtigen Zielgruppen im Blick hat, warum es soziale Verzerrungseffekte gibt und ob wir neue Formate und Medien brauchen, müssen wir schauen, welche Zielgruppen wo politische Bildungserfahrungen machen oder machen könnten. Dies sollte meiner Meinung nach trägerunspezifisch und feldabhängig geschehen. Es ist sehr schwierig, sich von den strukturellen Bedingungen gedanklich zu lösen, aber auf fachlicher Ebene wäre das aus unserer Sicht möglich.

Wie viel politische Bildung steckt in Angeboten der Elementarbildung, der Jugendarbeit, der jungen Verbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Familienbildung, der beruflichen Bildung, im Strafvollzug, und wie viel könnte drinstecken? Zur Beantwortung dieser Frage wäre es förderlich, die einzelnen Sphären einander näher und in einen produktiven Austausch miteinander zu bringen, also aus den Akteuren, die unterschiedliches Know-how und unterschiedliche lebensweltliche Anbindungen mitbringen, Partner zu machen, die mit gemeinsamen, klar formulierten Handlungsintentionen zusammenarbeiten. Dafür müssten aber flexible, sehr unterschiedliche Formate ermöglicht werden.

Stattdessen zwingt man Praxis und Wissenschaft zur Konkurrenz und in eine Marktlogik, die von Anbietern und Abnehmern ausgeht. Die einen sollen hellsehen können, was die Abnehmer wünschen, und die anderen sollen sich nach den Angeboten richten, um an politische Bildung zu kommen. Kurz: Ein zentraler Grund für die Segmentierung ist die Zuordnung von Praxis und Forschung zu bestimmten Politikfeldern und Rechtsbereichen und die daraus folgende segmentierende Förderpolitik.

Hier müsste man aus meiner Sicht auch ansetzen. Es gibt eine Menge Know-how, das aber nicht träger- oder bereichsübergreifend genutzt wird. Es gibt zwar nicht ausreichend Forschung, aber genug, um sagen zu können, was für die Träger zu tun ist, um politische Bildung in die Breite zu bringen.

Florian Kotscha (Karl-Arnold-Stiftung e. V.): Vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, hier unsere Arbeit zu präsentieren. Ich bin Leiter des Karl-Arnold-Instituts, einer Einrichtung der Karl-Arnold-Stiftung. Diese ist seit 1959 Träger für politische Bildung, sie ist also schon lange mit klassischen politischen Bildungsangeboten in diesem Bereich aktiv. Im Karl-Arnold-Institut machen wir uns seit 2015 Gedanken darüber, wie man diese klassischen Bildungsangebote ergänzen kann. Ich würde gerne ein bisschen aus der Praxis von unseren insbesondere in Köln – dort sitzen wir – gemachten Erfahrungen berichten.

In meinem Beitrag konzentriere ich mich auf die aufsuchende politische Bildung. Im Gegensatz zur kommenden gehen die Akteure der aufsuchenden politischen Bildung in die Stadtteile und ergründen dort vor Ort gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, wel-

che Bedarfe im Bereich der politischen Bildung bestehen. In Zusammenarbeit mit Multiplikatoren wird festgestellt, welche Methoden es gibt, welche zusammen entwickelt werden können und welche Themen für diesen Stadtteil von Interesse sind.

Wir überlegen uns also nicht im stillen Kämmerlein ein tolles Konzept, gehen damit raus und stellen fest, dass dies völlig an dem Bedarf der Zielgruppe vorbeigeht, sondern wir schauen erst einmal vor Ort, was an Zivilgesellschaft vorhanden ist und welche Bedarfe bestehen. Dann überlegen wir, wie wir das gemeinsam angehen können.

Im Kölner Norden betreiben wir seit 2017 in Partnerschaft mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Demokratiewerkstatt. In unserer heutigen Runde sitzen auch noch weitere Kolleginnen und Kollegen, die solche Demokratiewerkstätten betreiben. Ich möchte nun gerne erzählen, welche Erfahrungen wir in dieser Hinsicht gemacht haben.

Wir arbeiten mit Multiplikatoren und mit der Zivilgesellschaft vor Ort zusammen und entwickeln niederschwellige Formate, um die Zivilgesellschaft vor Ort zu empowern, also die Leute und auch die Strukturen in die Lage zu versetzen, Interessen zunächst einmal zu erkennen, zu formulieren und dann auch wahrzunehmen und durchzusetzen bzw. sich zumindest auf den Weg dorthin zu machen. Das Ganze soll eigeninitiativ geschehen und nicht durch ein An-die-Hand-nehmen. Im Sinne eines leistungsbezogenen Ansatzes soll gemeinsam mit den Multiplikatoren überlegt werden, was diese brauchen, um ihre Interessen zu erkennen und wahrzunehmen. Damit machen wir sehr gute Erfahrungen.

Es ist aber ganz wichtig, zunächst erst einmal die Beziehungen zur Zivilgesellschaft vor Ort aufzubauen. Wenn wir vor Ort aufschlagen und unsere Demokratiewerkstatt bewerben, ist es nicht so, dass die Leute sofort Schlange stehen, sondern es ist erst einmal nötig, negative Erfahrungen, die von den Leuten vor Ort mit Politik oder mit politischen Entscheidungsprozessen gemacht wurden, zunächst einmal wahrzunehmen. Dann muss entsprechend moderiert werden, damit Beziehungen auf Augenhöhe aufgebaut und Ohnmachtsgefühle abgebaut werden können.

Dabei geht es erst einmal gar nicht so sehr um klassische politische Bildungsinhalte, sondern es geht auch um die Verknüpfung beispielsweise kultureller Bildungsangebote, Familienbildung oder anderer Bildungsangebote mit Elementen der politischen Bildung. Zu diesem Zweck arbeitet man mit Trägern und Verbänden vor Ort zusammen, die bereits mit Leuten in Kontakt stehen, ohne dass das Thema „politische Bildung“ dabei im Vordergrund steht. Diese überlegen dann gemeinsam mit uns, was wichtig ist und wie wir die Leute ansprechen können. Der erste Schritt ist also eine Beziehungsarbeit, die ein paar Jahre dauern kann, bevor man wirklich in die inhaltliche Arbeit mit den Multiplikatoren einsteigt.

Was brauchen wir dafür? Welche Rahmenbedingungen gibt es bereits, und welche würden wir uns wünschen? Dabei ist natürlich das Thema „Projektförderung“ ein wesentlicher Aspekt, den ich ansprechen möchte. Wir sind sehr dankbar, dass es Projekte wie das der Landeszentrale gibt, sind aber der Meinung, dass auch eine langfristige Förderung nötig ist.

Eine Anekdote aus Köln-Chorweiler: Dort haben wir uns zu Beginn des Projekts mit den Koordinatoren des Stadtteils getroffen und das Vorhaben vorgestellt, und die Reaktion war: Das ist ja toll, und wann seid ihr wieder weg? – Solche Erfahrungen machen wir vor Ort häufiger. Kurzfristige ein-, zwei- oder vielleicht auch dreijährige Projekte sind ein Strohfeuer. Damit produziert man tolle Abschlussberichte und Flyer, aber man erzielt keine langfristigen Erfolge. Die Beziehung ist dann gerade erst hergestellt, und man hat vielleicht erste Arbeitsergebnisse erzielt. Wenn es aber keine kontinuierliche Fortsetzung gibt, war es – überspitzt formuliert – für die Katz. Projekte sind wichtig, um die Dinge anzustoßen, aber sie müssen auch langfristig in die strukturelle Förderung überführt werden.

Die Frage nach den Zielgruppen hängt auch eng mit dem Alter der Teilnehmer zusammen. In der außerschulischen politischen Bildung müssen die Teilnehmer mindestens 15 oder 16 Jahre alt sein. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es sinnvoll ist, etwas früher anzusetzen – gerade im Bereich der jugendkulturellen Arbeit. Insbesondere in unserer Demokratiewerkstatt arbeiten viele Initiativen mit Jugendlichen, und in diesem Kontext ist es sinnvoll, bereits ab 14 Jahren zu starten – gerade wenn man sich vor Augen führt, dass Jugendliche ab 16 an der Kommunalwahl teilnehmen dürfen und im Vorfeld Input bzw. Informationen benötigen. Eine Öffnung der Förderung in dieser Hinsicht wäre sinnvoll.

Aus meinem Redebeitrag ist es schon mehrfach hervorgegangen: Ganz wichtig ist die Kooperation mit den Trägern bzw. mit der Stadtzivilgesellschaft vor Ort. Dabei handelt es sich um eine Kooperation mit Einrichtungen der Familienbildung oder der kulturellen Bildung. Dies hat auch einen interdisziplinären Ansatz zur Folge: Die politische Bildung muss sich für Impulse aus der kulturellen Bildung, der Familienbildung sowie aus vielen anderen Bildungsrichtungen öffnen, um die entsprechenden Zugänge zu bekommen.

Wir als politische Bildungseinrichtung standen häufig vor dem Problem, dass wir die Zielgruppe der Politikfernen nicht per Fingerschnipp in Form einer Medienkampagne erreichen können. Zu diesem Zweck haben wir uns Partner gesucht, die zu diesen Leuten bereits Zugang haben. Darauf muss man sich als Einrichtung auch einlassen. Allerdings haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Kooperation ist also auch ein ganz wichtiger Aspekt, der in Bezug auf die aufsuchende politische Bildung unbedingt einbezogen werden muss.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Damit eröffne ich die Diskussion.

Prof.'in Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Guten Tag, ich bin Sachverständige der EK III und Professorin für Medienwissenschaften. – Herr Kotscha, arbeiten Sie analog oder auch digital?

Florian Kotscha (Karl-Arnold-Stiftung e. V.): Sowohl als auch. Das kommt auch auf die Zielgruppe an. Mit jungen Leuten ist es hilfreich, digital zu arbeiten. Es gibt aber auch Zielgruppen, die sich in der digitalen Welt nicht so auskennen und die auch nicht

niederschwellig an diese herangeführt werden können. Um die richtige Arbeitsweise zu ergründen, ist das Face-to-face-Gespräch vor Ort wichtig. Wir schauen uns an, was für eine bestimmte Zielgruppe überhaupt sinnvoll ist, und manchmal handelt es sich eben um digitale Formate und manchmal auch nicht.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Vielen Dank für die Einladung. Ich habe eine Professur für Fachdidaktik inne, und zwar mit dem Schwerpunkt „politische Bildung“ vom Sachunterricht in der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe. Wir decken das gesamte Feld ab.

Wir sollten die schulische und die außerschulische Bildung deutlich voneinander unterscheiden, weil in diesen beiden Bereichen unterschiedliche Bedingungen vorliegen. Das System „Schule“ mitsamt der Ausbildung der Lehrkräfte ist auf Dauer und nicht projektartig ausgerichtet. Außerdem leisten wir uns aber auch fachfremden Unterricht in allen Fächern der politischen Bildung, von über 30 % am Gymnasium bis weit über 60, 70 % an den nichtgymnasialen Schulformen. Täten wir das nicht, ginge ein Aufschrei durch die Länder. In vielen dieser Bereiche gibt es also keine ausgebildeten Lehrkräfte.

Frau Becker hat bereits die Landkarte der politischen Bildung angesprochen. Dort erkennen wir eine ganz typische Konstellation: Ganz stark auf einzelne Bundesländer bezogen und miteinander vernetzt sind die Bereiche der schulischen Bildung. Die Akteure außerhalb der schulischen Bildung sind relativ wenig mit den anderen vernetzt, was auch von dem jeweiligen Hintergrund abhängt. Sie kommen eben nicht aus einem Studienfach mit einer spezifischen Ausbildungsidee, sondern jeder kann in diesem Bereich tätig sein.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Ich leite seit 2004 mit Begeisterung die Landeszentrale für politische Bildung.

Ich möchte mich zunächst auf das Thema „Verzerrung“ konzentrieren. Die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Quartieren und Wahlbezirken ist extrem unterschiedlich. Auch wenn sie grundsätzlich gestiegen ist, bestehen doch große Unterschiede: In bildungsbürgerlichen Stadtteilen – die nächste Kommunalwahl in Köln steht bevor – lag die Wahlbeteiligung zuletzt bei bis zu 80 %, in Chorweiler jedoch bei unter 30 %.

Die Landeszentrale und unsere Partner, die wir fördern, die Träger der politischen Bildung, wollen in den Vierteln, in denen Wut, Angst und Hass sehr häufig die politische Diskussion prägen, aktiv werden. Solche Phänomene gibt es nicht nur in Ostdeutschland, sondern leider auch hier. Dort müssen wir mit den verschiedensten Formaten ansetzen, und dazu gehören auch Demokratiewerkstätten. Dazu gleich mehr.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Im Hauptberuf bin ich Bundesgeschäftsführerin der Bildungsorganisation Arbeit und Leben, getragen vom DGB und von den Volkshochschulen. Ich bin heute allerdings hier in meiner ehrenamtlichen Funktion als Vorsitzende des Bundesausschusses Po-

litische Bildung, ein Zusammenschluss von 26 bundesweit tätigen Trägern in sehr heterogener Zusammensetzung. Wir versuchen gemeinsam, die politische Bildung auf der Bundesebene starkzumachen.

Ich möchte auf die erste Frage, die Sie, Herr Florack, soeben formuliert hatten, aber auch auf den Beitrag von Helle Becker eingehen. Explizit spreche ich mich für den Begriff der politischen Bildung aus, und ich beziehe mich dabei auf die außerschulische politische Bildung. Die Begriffe „Präventionsarbeit“, „Demokratieerziehung“ und „Demokratiebildung“ sind zum einen aus Förderlogiken entstanden, zum anderen aus wissenschaftlichen Diskursen.

Wir als Träger möchten an der politischen Bildung festhalten. Warum? Der Begriff der politischen Bildung ist breiter angelegt als alle anderen Begriffe. Es geht darum, die Menschen im Kern in eine Beziehung zum Politischen zu setzen, wie es auch der Politikdidaktiker Walter Gagel ausgedrückt hat. Der Soziologe Hartmut Rosa spricht auch von Resonanzachsen von der Gesellschaft zum Politischen. Im Kern ist das die Aufgabe der politischen Bildung, und damit ist sie breiter aufgestellt als die Prävention. Sie impliziert auch eine kritische Perspektive auf die Demokratie und auf ihre Weiterentwicklung.

Martin Schilling (Willi-Eichler-Akademie e. V.): Ich bin Vorsitzender der Willi-Eichler-Akademie, eine kleinere Einrichtung der politischen Weiterbildung mit Sitz in Köln. Wir haben lange sehr regional gearbeitet, aber inzwischen arbeiten wir auch mit Menschen in Berlin und Brüssel zusammen, weil wir gemerkt haben, dass bestimmte Themen übergreifend behandelt werden müssen.

Die Beiträge von Frau Dr. Becker und Herrn Kotscha kann ich nur unterstreichen. Um es einmal ganz profan zu sagen: Alles, was spannend und kurzfristig ist und womit man interessante Leute ansprechen kann, entspricht in der Regel nicht den Förderrichtlinien, nach denen wir Geld bekommen.

Natürlich gibt es mittlerweile auch Angebote der Landeszentrale, mit deren Hilfe wir solche Projekte durchführen können. Die klassische Bildungsarbeit, wie sie in den Richtlinien vorgegeben wird, entspricht aber nicht mehr der Realität. Möchte man etwa in Bonn bei einem Musikfestival politische Bildung einbringen, dann geht das nicht im Rahmen der Förderungsrichtlinien, sondern dafür muss man sich Geldgeber suchen. Bei einem Musikfestival erreicht man 40.000 und mithilfe des Programmhefts vielleicht 6.000 Besucher. Zwar lesen das nicht alle, aber zumindest besteht dort ein sehr viel breiteres Forum, als man es in diesem Bereich sonst antreffen würde.

Es ist ein Kernproblem der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit, dass die Strukturen mit der Realität überhaupt nicht übereinstimmen.

Es ist richtig, das Digitale zu fördern, aber das kostet Geld, und dieses Geld müssen wir wieder woanders besorgen.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Ich möchte der Aussage, es sei nicht möglich, innovative Formate zu finanzieren, widersprechen. In vielen Bereichen ist das so, aber das kann man so nicht stehen lassen.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Hochschule für angewandte Wissenschaften München): Ich bin Professor für Politikwissenschaften in München mit den Schwerpunktthemen Europa, Migration und politische Bildung, und ich bin zugleich auch mit allen Verbänden der Bildungsarbeit verbunden.

Frau Becker hat die Marginalisierung der politischen Bildung angesprochen. Im Flächenland Bayern wird der außerschulische Bereich gar nicht mehr wirklich wahrgenommen. Er ist weggebrochen.

Sie haben vorhin von der Wahrnehmung seitens der Politik gesprochen. Ich würde mir wünschen, dass die Politik wesentlich stärker wahrnimmt, was die politische Bildung tatsächlich leistet, denn das ist eine ganze Menge. Der Kontakt zur Politik ist aber teilweise abgebrochen.

Zum Stichwort „Projektförderung“. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe zwölf Jahre lang beruflich nur im Bereich der Projektförderung gearbeitet. Das kann Vorteile haben, aber dazu braucht es einen Nukleus. Ich erlebe gerade die Tendenz, dass es Einrichtungen gibt, die nur noch von der Projektförderung leben, sodass teilweise Mitarbeiter nach einem halben Jahr wieder den Arbeitsplatz wechseln, was überhaupt nicht nachhaltig sein kann und auch finanziell nicht sinnvoll ist.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Ich erlebe gerade im Hinblick auf die Frage „Institutionsförderung vs. Projektförderung“ ein Déjà-vu. Ich bin seit fast zehn Jahren Abgeordneter, und eigentlich diskutieren wir das schon die ganze Zeit und kommen nicht wirklich zu einem Ergebnis. Wie können wir es aus Ihrer Sicht schaffen, Nachhaltigkeit in diese ganze Thematik stärker einzubringen, und zwar in dem Sinne, dass Leute, die einmal mit solch einem Projekt beschäftigt waren, dauerhaft von Demokratie begeistert sind und wir sie nicht auf der Strecke wieder verlieren, wenn sie die Demokratiewerkstatt oder was auch immer wieder verlassen?

Wir können nicht früh genug mit politischer Bildung anfangen. Deswegen habe ich vorhin ein bisschen gestutzt, als das Einstiegsalter 14 genannt wurde. Damit habe ich gewisse Schwierigkeiten; denn ich glaube, dass man nicht früh genug mit politischer Bildung anfangen kann.

Dr. Manfred Körber (Nell-Breuning-Haus): Ich bin Leiter des Nell-Breuning-Hauses in Herzogenrath, einer Einrichtung, die es seit 40 Jahren gibt.

Noch nicht angesprochen wurde bisher die Frage, ob die Träger der außerschulischen politischen Bildung nicht stärker auch den Mut zur Begrenzung und damit auch den Mut zum Profil haben müssten. Wir zum Beispiel veranstalten in der politischen Bildung keine Seminare mit Gymnasiasten, sondern wir sind schwerpunktmäßig konzentriert auf Hauptschulen, Förderschulen und die Jugendberufshilfe. Wir versuchen, unsere langjährigen Erfahrungen in bestimmte Projekten umzumünzen.

Die Kooperation mit den Schulen ist wichtig, sie gelingt aber nur, wenn es auch Projektförderungen gibt. Das Problem ist, dass wir, wenn die Projekte wegbrechen, aus eigenen Mitteln versuchen müssen, die Kooperation mit den Schulen aufrechtzuerhalten. Wenn die Lehrer erst einmal nicht mehr daran gewöhnt sind, mit ihren Klassen

Projekte durchzuführen, dann ist der Kontakt weg. Gerade bei den Problemschulen – so nenne ich das verkürzt –, benötigt man aber einen guten sozialen Kontakt.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Wir wollen schwerpunktmäßig in benachteiligten Quartieren, wo die Probleme sehr groß sind und politische Bildung notwendig ist, den gesellschaftlichen Diskurs führen. Das ist nicht einfach nur eine Demokratiebildung, sondern es bedeutet auch, emotional und kognitiv an die Menschen heranzukommen, gemeinsam mit Verwaltung und Politik vor Ort Lösungen für Probleme zu finden und zuzuhören.

Das funktioniert tatsächlich: Bei Kochen und Klönen, ein Format in Bielefeld, bringen wir Bürgerinnen und Bürger mit der Politik und mit der Verwaltung zusammen und finden Lösungsvorschläge für kleine Probleme im Quartier. Mithilfe solcher Formate gewinnt Kommunalpolitik eine bessere Anbindung und tatsächlich auch eine größere Anerkennung. Darüber können Sie in einer Broschüre zum Besuch des Bundespräsidenten in der Demokratiewerkstatt in Krefeld zu Anfang des Jahres mehr erfahren.

Dr. Nadja Büteführ (SPD): Herr Bolte-Richter hatte gerade nicht mehr ausreichend Zeit, seinen Gedanken weiter auszuführen. Ich möchte mich ihm in Bezug auf die Altersbegrenzung anschließen. Wir diskutieren hier nur über außerschulische und schulische Bildung. Mich würden aber auch der Kita-Bereich und Partizipationsmöglichkeiten in diesem Feld interessieren. Ich bin der Auffassung, dass es sich im späteren Leben niederschlägt, wenn man frühzeitig anfängt, mitzuwirken. Haben Sie in dieser Hinsicht Erfahrungen gemacht?

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Die Weiterbildungsförderung, die außerschulische Bildung nach dem Weiterbildungsgesetz, ist zurzeit auf Jugendliche ab 16 Jahren begrenzt. Wir kämpfen gerade im Zusammenhang mit der Veränderung des Weiterbildungsgesetzes darum, dass diese Grenze auf 14 Jahre abgesenkt wird. Schulische politische Bildung ist selbstverständlich von Beginn an notwendig, also auch an der Grundschule. Aber auch in Kitas kann man schon schöne Beispiele anbringen. Dies können tatsächlich Projekte befördern. Außerdem muss die schulische politische Bildung wirklich besser werden.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Zum Kita-Bereich kann auch ich etwas sagen. Im Dezember halten wir eine kleine Tagung zu dem Themenfeld mit Kitas und Grundschulen der Stadt Dortmund ab. Dieser Bereich der Fachdidaktik ist noch nicht wirklich aufgegriffen worden. Beispielsweise für den Bereich „sprachliche Bildung“ gibt es Grundsatzpapiere, für den Bereich der politischen Bildung aber nicht. Das hat auch etwas damit zu tun, dass in dieser Hinsicht unterschiedliche Professionen tätig sind: in den Kitas die Sozialarbeiter, an den Grundschulen ausgebildete Lehrkräfte.

Da sind wir beim nächsten Problem: Wir könnten eigentlich in Klasse eins mit politischer Bildung anfangen; denn es gibt ein bisschen Empirie darüber – die Van-Deth-Studie und ähnliches –, aus der hervorgeht, dass Kinder keine Tabula rasa sind. Die

Ausbildungsstruktur schreibt für Grundschullehrer Deutsch und Mathe und ein drittes Fach nach Wahl vor, obwohl alle Lehrer auch Sachunterricht unterrichten, in dem alles von den Naturwissenschaften bis hin zur Politik enthalten ist. Sie können sich vorstellen, wie wenig Politik das beinhaltet.

Prof.'in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Ich vertrete die Professur für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Wuppertal und übernehme den politikdidaktischen Teil im Konsortium der ICCS-Studie 2022 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Ich konzentriere mich auf die Frage, wann politische Bildung anfängt und betrachte dies schulisch und außerschulisch. Meine Sozialisation ist die außerschulische Bildung, die Partizipationsförderung. Ich möchte die Meinung von Herrn Kotscha unterstützen: Wir haben zum Beispiel in Bezug auf die Unterstützung des Schülervertretungsmanagements immer wieder die Erfahrung gemacht, dass das Einstiegsalter 14 bzw. 16 nicht geeignet ist. Wenn wir die Schülervertreter unterstützen wollen, dann müssen wir das spätestens ab der fünften Klasse tun – und das auch mit außerschulischen Angeboten.

Bei der schulisch-politischen Bildung ist das ähnlich. Es gibt im Sachunterricht eine sozialwissenschaftliche Perspektive, aber dennoch muss man gesondert darauf achten, dass in den Kernlehrplänen sowohl in der Grundschule als auch in der SEK I als auch in allen anderen Schulformen explizit politische Inhalte verankert werden. „Familie" ist ein wichtiges Thema, aber das wird oft nur wenig politisch behandelt. Wie können wir explizit politische Themen auch schon in die Grundschule und in die unteren Stufen der SEK I einbringen?

Prof.'in Dr. Andrea Szukala (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): An der WWU habe ich die Professur für Fachdidaktik der Sozialwissenschaften inne. Ich vertrete unter anderem auch die politische Bildung in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften.

Ich möchte gerne auf Frau Becker reagieren. Sie haben zwischen politischer Bildungsforschung, Fachdidaktik, wissenschaftlicher Forschung und der Praxis eine Art Konkurrenzverhältnis konstruiert. Dem möchte ich widersprechen. Wir als Universitätsforscher nehmen verschiedene Aufgaben wahr. Auf der einen Seite haben wir an unseren Lehrstühlen qualifiziertes Personal für die Schulen in Nordrhein-Westfalen auszubilden. Auf der anderen Seite begleiten wir aber auch zum Beispiel Projekte der Landeszentrale für politische Bildung im formativen Sinne, beraten zu Projekten und versuchen, sie laufend besser zu machen.

Wir erstellen nicht einfach nur einen Fragebogen, sondern wir versuchen auch, immer wieder didaktische Perspektiven in die Projekte einzubringen. Natürlich arbeiten wir auch häufig getrennt von den Kollegen der Praxis, wenn wir das Wissen sichern, um es in Form von Publikationen weiterzugeben. Das ist auch eine Art von Nachhaltigkeitssicherung, die wir von wissenschaftlicher Seite für diese Art von Projekten – zum Teil sind es Leuchtturmprojekte – einbringen können.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Ich möchte gerne auf den Beitrag von Herrn Dr. Körber und auf das Thema „Projektförderung“ eingehen. Eine institutionelle und sichere Förderung ist notwendig. Ich bin aber keine Gegnerin von Projekten. Wir brauchen nur andere Projekte, nämlich solche, mit denen Innovationen entwickelt werden. Und die Erfahrung, die wir machen, ist, dass zum Aufbau aufsuchender Bildungsarbeit oder besonderer Zielgruppenansprache nicht zwei Jahre, sondern fünf Jahre benötigt werden. Es werden also andere Formate gebraucht.

Was passiert, wenn ein Projekt zu Ende ist? Wie gehen wir sorgsam mit dieser Nahtstelle um? Kann etwas in die Regelförderung übertragen werden? Bedeutet dies zusätzliche Förderungen oder stirbt ein Projekt einfach? An dieser Stelle sind wir vielfach – auch aus politischen Gründen – unredlich. Wir machen zurzeit im BMBF eine Erfahrung mit 5 bis 10 Jahre lang geförderten Projekten in den Bereichen der Grundbildung und Alphabetisierung. Bei solchen Zeitdimensionen kann man in Organisationen auch wirklich etwas implementieren.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Nur eine kurze Bemerkung vorweg: Es gibt auch wissenschaftlich untersuchte Projekte zur politischen Bildung mit Vorschulkindern, die als sehr erfolgreich gewertet wurden.

Zu der Frage von Herrn Bolte Richter nach der Nachhaltigkeit. Im Grunde haben die Kolleginnen und Kollegen das schon beantwortet: Eine stetige, verlässliche, grundständige Versorgung führt dazu, dass Bürgerinnen und Bürger gleich welchen Alters wissen, dass es in den verschiedenen Bereichen Ansprechpartner und Anknüpfungsmöglichkeiten für Fragen und Interessen usw. gibt.

Ich möchte auf eine ganz aktuelle Studie in einem anderen Bereich verweisen: die Zugangsstudie. Darin wurde untersucht, warum sich so wenige Jugendliche an internationalen Maßnahmen beteiligen und warum Gymnasiasten dabei so überrepräsentiert sind. In der repräsentativen Umfrage hat sich gezeigt, dass 63 % aller Jugendlichen in Deutschland Interesse hätten, mitzumachen, aber nur 16 % außerschulisch tatsächlich teilnehmen. Ich sage gleich, warum das so ist.

Florian Kotscha (Karl-Arnold-Stiftung e. V.): Zunächst noch eine Bemerkung zum Alter: Natürlich geht es mir um die außerschulische Perspektive. Wir sind eine Einrichtung der außerschulischen politischen Bildung. Alles Weitere hatten die Kolleginnen und Kollegen dazu bereits gesagt.

Herr Bolte-Richter, Sie haben nach der Nachhaltigkeit gefragt. Ich möchte dazu das Stichwort „Beziehungsarbeit“ in den Raum werfen. Aus unserer Praxiserfahrung halten wir das für ganz wichtig. Es ist wie im privaten Bereich: Wenn man eine Beziehung nicht pflegt, dann ist sie irgendwann nicht mehr existent; und so ist es auch bei den Projekten, die wir durchführen. Wir müssen die Leute bei der Stange halten, und das geht nicht, indem man nur einmal im Quartal eine tolle Aktion durchführt, sondern es muss wöchentlich eine Pflege der Beziehungen stattfinden. Um einen langfristigen Erfolg zu sichern, ist das ganz wichtig. Natürlich muss das auch im Hinblick auf die Ressourcen irgendwie abbildbar sein.

Dr. Manfred Körber (Nell-Breuning-Haus): Ich will noch das Stichwort „Instrumentalisierung“ nennen. Provokant gesagt würde ich mir manchmal etwas mehr Instrumentalisierung wünschen, sprich: einen klaren Auftrag der Landespolitik an die Bildenden in der politischen Bildung bzw. an den Einrichtungen.

Häufig kommt politische Bildung bei politischen Umbruchsprozessen unserer Gesellschaft zu spät, weil auch der Dialog mit der Politik ein Stück weit fehlt. Zum Beispiel stehen wir in Nordrhein-Westfalen vor einem großen Umbruch im Rheinischen Revier. Ich stelle nun die Frage, ob bei diesem ganzen Prozess die politische Bildung auch mitgedacht wird, oder ob diese lediglich, wenn alles beschlossen ist, als Sahnehäubchen nur zum Zwecke der Reparatur einbezogen wird und wir dann mithilfe von Projekten wie Demokratiewerkstätten politische Aufbauprozesse starten müssen.

In dieser Hinsicht wünsche ich mir ein anderes Zugehen seitens der Politik auf die politische Bildung. Das könnte man ruhig auch instrumentalisieren; denn wir sind selbstbewusst genug, das miteinander auszuhandeln.

Prof.’in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Ich bin hier als Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Ich bin außerdem Professorin an der Universität Bielefeld.

Ja, wir brauchen eine Verstetigung von Projekten. Zum Beispiel könnten im Bereich „Schule“ Projekte am Nachmittag angeboten werden. Dennoch braucht es auch weitere Einzelprojektförderungen, um Innovationen zu ermöglichen.

Es wurde soeben die Frage gestellt, welche Interventionen wirkungsvoll sind. Nach den Studien der Gesundheitsforschung und der Sozialarbeit reicht nicht eine Intervention, sondern es müssen dauerhafte Strukturen gebildet werden. Alles andere verfällt nach einiger Zeit.

Wir haben über soziale Ungleichheit gesprochen und über das Alter, ab dem die politische Bildung ansetzen sollte. Das Alter von 14 Jahren ist bereits genannt worden. Ich sehe es ähnlich: Das muss deutlich früher einsetzen. Wir haben ein massives Maß an Ungleichheit, die herkunftsbedingt in Bezug auf die Familien ist. Wir müssen vor allem die politische Bildung an Hauptschulen, Gesamtschulen und im berufsbildenden Bereich fördern. Genau dort geschieht es aber nicht.

Prof.’in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Ich kann daran sofort anschließen. Auch ich möchte auf den ungleichen Zugang zu Lerngelegenheiten – egal ob schulisch oder außerschulisch – eingehen. Wir sehen in der ICCS-Studie, dass es in keinem Land außer Bulgarien stärker von der familiären Herkunft abhängt, ob Schüler etwas über Politik wissen oder politische Prozesse verstehen.

Man muss darüber nachdenken, wie wir ein gesichertes Minimum an politischer Bildung für alle Jugendlichen sicherstellen können. Im Moment ist das nicht der Fall, auch zum Beispiel aufgrund des sehr großen Anteils an fachfremdem Unterricht, der an den Gesamtschulen teilweise 80 % erreicht. Wir können nicht sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler überhaupt ein Minimum an politischer Bildung erhalten, das so

qualitativ und politisch so spezifisch ist, dass man lernt, Argumente zu hinterfragen und zu verstehen, was Demokratie ist. Das brauchen wir aber, wenn wir Demokratie nachhaltig gestalten wollen.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): In Anschluss an meinen vorherigen Beitrag: Warum erreicht die internationale Jugendarbeit nur 16 %? Weil sich bei den üblichen Ausschreibungen nur diejenigen melden, die ohnehin schon interessiert sind, während die anderen über die grundständige Arbeit im offenen Treff in der Jugendarbeit generiert werden, aus der sich dann ergibt, dass man mal irgendwo hinfahren möchte oder sich mit einer Partnergruppe treffen möchte. Man kann das mühelos auf die politische Bildung übertragen.

Es ist wichtig, im Hinblick auf verschiedene Altersstufen zu wissen, wo diese Ansprechpartner gefunden werden können. In einer ausgeprägten Landschaft der politischen Bildung weiß man, wohin man sich wenden könnte, wenn man sich politisch engagieren will. Dafür müssen aber alle voneinander wissen und miteinander arbeiten.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Ich möchte einen Aspekt in die Diskussion einbringen, der aus Sicht des Landtags durchaus wichtig ist, nämlich die Diskussion um die ökonomische Bildung bzw. um Wirtschaft als Schulfach. Mich würde interessieren, was Sie dazu beitragen können. Wie sollte man darauf reagieren, damit in dieser Hinsicht keine Kannibalisierung stattfindet? Zumindest für die Entwicklung von Lehrplänen und Curricula ist dies keine unerhebliche Frage.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Ich würde gerne noch etwas zur Nachhaltigkeit sagen. Ich denke, dass unsere Projekte umso nachhaltiger sind, je formativer sie wissenschaftlich begleitet und in der wissenschaftlichen Evaluation angelegt sind.

Wir betreiben gemeinsam mit Frau Professorin Szukala in Berufskollegs, in internationalen Klassen mit Flüchtlingen das Projekt „Demokratie für mich“. Zunächst handelte es sich um ein kleines Projekt. Jetzt sind 40 Berufsschulen beteiligt, und mit der Schulministerin ist verabredet, dass wir es demnächst an allen Schulen ausrollen. Dieser Prozess wäre nicht so gut gelaufen, wenn wir nicht diese wunderbare Beratung hätten. Wir brauchen nicht nur Evaluation im Nachhinein, sondern auch informatives Lernen im Prozess.

Dafür benötigen wir aber Ressourcen. Wir haben das Ganze bezahlt, aber Frau Szukala hat mehr reingegeben – nicht nur Herzblut –, als sie erstattet bekommen hat. Dahinter steht ein anderer Gedanke von Nachhaltigkeit.

Sebastian Schmitz (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen): Ich bin wissenschaftlicher Mitarbeiter an der RWTH Aachen. Wir bemühen uns um die Lehramtsausbildungen für die Berufskollegs.

Es wurde bereits viel über den lokalen Ort politischer Bildung gesprochen, und nun kam die Frage zu dem digitalen Ort auf. Wir wissen aus der JIM-Studie, dass unsere

Schülerinnen und Schüler montags bis freitags ungefähr dreieinhalb Stunden online verbringen und dort kommunizieren, also etwa fünf Schulstunden. Leider ist das ein Ort, an dem wir bisher relativ wenig politische Bildung finden. Es gibt vereinzelte Projekte auf Bundesebene oder anderswo, die aber gerade in diesem vielfältigen Angebot schnell verloren gehen.

An Beispielen kann man schnell erkennen, wie blank wir in diesem Metier teilweise sind. In einem Fall – er ist vor einigen Wochen im Zusammenhang mit Polizeibediensteten aufgekommen – ging es um politische Memes, eine Bild-Text-Kombination, die mit politischen Botschaften verbunden ist und hin und her geschickt wird. Häufig kommen diese auch aus rechtspopulistischen Strömungen. Solche Einzelfälle zeigen, dass gerade in diesem sensiblen Bereich durchaus Handlungsbedarf besteht, zumal selbst speziell dafür Ausgebildete diese Problemlagen nicht erkennen.

Die besagten Polizisten in Köln bilden übrigens keine Ausnahme, es gibt ähnliche Fälle in Aachen, Bonn, München, Hamburg, Berlin und Frankfurt.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Ich würde mich gerne zu dem Stichwort „Kannibalisierung" äußern. Es reicht ein Blick auf den neuen Kernlehrplan Wirtschaft/Politik, der jetzt für die Sekundarstufe I Gymnasium eingeführt worden ist. Allein die Namensänderung in „Wirtschaft/Politik" ist schon ein deutliches Zeichen für die Kannibalisierung zulasten der politischen Bildung.

Das Ganze geht noch weiter, es wird nämlich von einer politischen Grundbildung gesprochen, mit anderen Worten gibt es nur noch eine basale politische Bildung. Wir kennen diesen Begriff der Grundbildung sonst nur aus dem Förderbereich. Außerdem wird nur noch ökonomische und politische Mündigkeit als Bildungsziel definiert. Die gesellschaftliche Mündigkeit wurde gestrichen, und das entgegen aller vorliegenden Daten.

Zum Beispiel hat die TUI-Stiftung Schülerinnen und Schüler gefragt, welche Themen sie beschäftigen. Vornehmlich handelt es sich dabei um soziale Probleme, nämlich „Migration", „Asyl" und „soziale Ungleichheit". Diese werden in großen Teilen nicht mehr adäquat im Lehrplan abgebildet. Seitens der DVPB waren wir erstaunt, dass Extremismus bzw. Rechtsextremismus nicht mehr abgebildet werden. Angesichts der aktuellen Entwicklung ist das ein Skandal. Außerdem ist der Bereich der ökonomischen Bildung deutlich höher anzusetzen, als es im Lehrplan angegeben wird.

Sebastian Schmitz (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen): Die Schüler gehen eben online, um Antworten auf die Fragen zu finden, die sie sich stellen. Laut einer Studie von Juni sucht jede zweite Schülerin bzw. jeder zweite Schüler online nach Hilfe.

Auf YouTube gibt es entsprechende Videos. Einer der großen Anbieter ist simpleclub, der damit wirbt, 1 Millionen Nutzer pro Monat zu haben. Die Plattform ist dementsprechend bekannt und wirbt mit Universitätsvideos. Dort heißt es etwa im Lernvideo zum demographischen Wandel innerhalb des Themenkomplexes „Sozialsysteme": Doof

nur, wenn Politiker zwingend notwendige Maßnahmen heute nicht einleiten, weil sie hauptsächlich an sich und ihre Amtszeit denken und nicht an die Zukunft von Deutschland. – Wenn man das Video zu Ende schaut, bekommt man den Hinweis, dass es von einem Finanzdienstleister gesponsert worden ist, der gleichzeitig dafür wirbt, privat vorzusorgen.

Dieser Bereich wächst sehr schnell, und er wird sehr schnell nachgefragt. Aufgrund der Onlinemedien ist er omnipräsent.

In dieser Hinsicht sind wir sehr schwach aufgestellt, und wir müssen uns überlegen, ob wir irgendwelche Mechanismen entwickeln können, die dagegenwirken.

Roger Beckamp (AfD): Bevor Sie ungeniert weitermachen und nach mehr Geld gegen die AfD rufen: Ich bin auch da. – Herr Schmitz, Sie sagten, es gebe rechtspopulistische Memes. Worum handelt es sich konkret? Warum sehen Sie in dieser Hinsicht Handlungsbedarf?

Sebastian Schmitz (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen): Es gibt verschiedenste Memes. Entsprechende Presseberichte kommen immer wieder auf, auch über Schülerinnen und Schüler, die sich solche Memes zuschicken. Das Angebot ist gigantisch: In einem Projekt haben wir mittlerweile 250 gesammelt.

Ich kann einmal zwei beschreiben: Bei einem ist eine Patronenhülse abgebildet und darüber steht: Auch ein Salafist sollte etwas im Kopf haben. – Ein anderes Beispiel: Über einer Collage, auf der auf der einen Seite Adolf Hitler und auf der anderen Seite Angela Merkel abgebildet ist, steht: Gute Zeiten, schlechte Zeiten.

Solche Memes prägen gewisse Stereotypen und Vorurteile und verbreiten sie. Sie werden vor allem aus humoristischen Gründen verteilt. Darin liegt ein Problem: Wenn Sie als Schülerin oder Schüler solche Bilder regelmäßig bekommen, also 20, 30 pro Woche – diese Zahl ist nicht zu hoch gegriffen, sondern sie wird von den Schülern genannt –, dann wird man unter Umständen affin und erkennt diese Strukturen. Wenn es darum geht, Begrifflichkeiten wieder salonfähig zu machen, wirken diese Memes relativ stark.

Prof.’in Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Sie alle wissen, dass das Rezo-Video in einer Stunde mehr Zuschauer erreicht hat als viele andere Formen der politischen Bildung insgesamt. Ich will Letzteres nicht abwerten. Wie gehen Sie mit dieser neuen – so neu ist sie auch nicht mehr – Kultur um?

Es gibt unter den Onlinemedien auch ein öffentlich-rechtliches Angebot, das leider sogar meine Studierenden und Schülerinnen und Schüler nicht kennen, nämlich „funk“. Es hat einen ganz klaren politischen Bildungsauftrag und ist eine schöne Sache. Immer noch hat es aber zu wenige Zuschauerinnen und Zuschauer. Von insgesamt 13 Milliarden Euro für die öffentlich-rechtlichen Medien gehen im Moment 45 Millionen Euro an „funk“. Angesichts dieser Relation ist klar, dass die Möglichkeiten von „funk“ beschränkt sind. Das würde ich gerne ändern.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Ich möchte nicht direkt auf Ihre Frage eingehen, sondern ein anderes Thema fortsetzen. Was wir brauchen, ist eine größere Wertschätzung der politischen Bildung, auch seitens der Politik.

Ein Beispiel: Auf Initiative der Fachleiter für Berufsschulen, die erheblichen Handlungsbedarf sehen, haben wir das Ministerium angeschrieben. Es wurde geantwortet, man solle sich – verkürzt ausgedrückt – nicht aufregen, auch in Deutsch werde über Kommunikation gesprochen, was auch politische Bildung sei. – Mit dieser Argumentation könnten wir aber fast jedes Schulfach abschaffen, zum Beispiel könnten wir Mathematik als Hilfswissenschaft in Physik und Chemie anbieten. Wenn wir ein bisschen Sport wollen, lassen wir die Schüler doch einfach mal im Klassenraum herumlaufen, also schaffen wir doch auch das Fach Sport ab.

An der Karikatur, die ich zeichne, merken Sie, wie absurd und wie despektierlich die regelmäßig geäußerten Vorschläge zur politischen Bildung sind. Es ist ganz wichtig, dass die Leistungen der politischen Bildung mehr wertgeschätzt werden.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Ich möchte gerne den Aspekt aufgreifen, den Frau Zurstrassen genannt hat: Wertschätzung und Wahrnehmung der politischen und allgemeinen Weiterbildung. In diesem Kontext würde ich gerne anregen, gemeinsam für einen Digitalpakt Weiterbildung zu kämpfen.

Als Träger der politischen Bildung müssen wir uns in dieser Hinsicht weiterentwickeln und uns neu aufstellen. Das können wir aber nicht als Einzelne und auch nicht aus eigener Kraft. Wir brauchen aus meiner Sicht einen Zusammenschluss auf Bundesebene. Bislang haben wir lediglich den Digitalpakt für die Schule und für die berufliche Bildung. Es ist an der Zeit, für unsere Profession zu kämpfen, sodass wir in der allgemeinen politischen Bildung adäquat mit entsprechenden Angeboten auf das veränderte Nutzungsverhalten reagieren können.

Prof.'in Dr. Andrea Szukala (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass es eine intrinsische Qualität von politischer Bildung gibt. Vor allen Dingen werden die Menschen in der Schule politisch sozialisiert.

Ich möchte noch einmal auf die Frage nach der ökonomischen Bildung zurückkommen. Es gibt zahlreiche ökonomisch-wirtschaftliche Projekte innerhalb der Schulen neben dem Unterricht, etwa Schülercafés bzw. Faircafés, bei denen faire Produkte verkauft werden, um Abiturfeiern, die 150.000 Euro kosten, zu finanzieren. In dieser Hinsicht hat ein gewisser Wertewandel stattgefunden. Ich verweise vor allem auch auf die gut situierten Schulen. Auch dort bilden wir junge Menschen im Sinne der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit und des Zusammenhalts aus.

In der Lehrerausbildung sollten wir darauf achten, die Demokratie als ein Thema der gesamten Schulentwicklung zu stärken. Dies sollte im gesamten Bereich des erziehungswissenschaftlichen Studiums gelten und nicht nur im Fachunterricht.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): In Bezug auf die Wirkung bestimmter Formate muss man die Diskussion ein bisschen erweitern. Wir haben dieses Thema in Verbindung mit Gewalt im Fernsehen auch früher schon durchgespielt. Es gibt keine Kausalitäten, sondern nur Korrelationen von Wirkungen. Sie können nicht sagen, dass eine Person nur deshalb etwas getan hat, weil sie einen bestimmten Clip angeschaut hat. Es gibt nichtsdestotrotz Hintergründe, vor denen solche Dinge wirken. Dafür brauchen wir aber Wirkungsforschung.

Außerdem müssen wir beachten, dass bei der politischen Bildung ein Grundsatzproblem besteht: Wir haben einen aufklärerischen Auftrag, Aufklärung ist also rational. Aber wir wollen auch eine emotionale, affektive Bindung an Demokratie, und das muss zusammenpassen.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Ich möchte etwas zu dem Aspekt „Digitalisierung“ beitragen und schließe mich in dieser Hinsicht Frau Menke an. Die Vorstellung, die politische Bildung könne eine Gegenmacht zu dem Phänomen bilden, das Herr Schmitz geschildert hat, halte ich für falsch weil das eine völlige Überlastung der politischen Bildung darstellte. Sie kann nur beraten.

Ich bin selbst Mitglied der Arbeitsgruppe Bewegtbildung der Bundeszentrale für politische Bildung und erlebe dort, wie die Bundeszentrale, die das meiste Geld von uns allen hat, versucht, im Onlinebereich zu steuern, über YouTube, über die öffentlich-rechtlichen Medien oder mittels der TV-Privatsender. Das sind aber so aufwändige Unternehmungen, die nur in Kooperation mit den entsprechenden digitalindustriellen Profis gelingen, dass dies der politischen Bildung eigentlich nicht aufgebürdet werden kann.

Relevant ist aber die Frage – und die bpb geht ihr auch nach –, wie sich die politische Bildung selbst darstellt, wie sie bestimmte Methoden einsetzen sowie medienkritischer und medienpädagogischer arbeiten kann. Dazu gibt es viele hervorragende Beispiele von Institutionen – gerade in der außerschulischen Jugendbildung –, die das hervorragend können. Voraussetzung ist, dass sie auf dem Stand der Technik sind. Meist ist das eine Altersfrage.

Sebastian Schmitz (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen): Memes haben eine ganz andere Qualität als die anderen Kanäle. Sie werden zwischen Freunden geteilt, der Zugang dazu ist also ein ganz anderer. Memes begegnen einem nicht einfach auf der Straße.

Die meisten sind vorsichtig mit Zurechtweisungen. Viele machen nicht darauf aufmerksam, dass man nicht damit einverstanden ist, weil sie den Absender nicht verärgern und in der sozialen Kommunikation keinen Konflikt aufbauen möchten.

Man muss auch in der politischen Bildung beachten, dass sich die Kommunikationsräume und die Strukturen verändert haben. Auch da ist in meinen Augen noch einiges zu tun, gerade im Bereich der Forschung, die etwas anbieten und auch entsprechend schulen muss.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Vielleicht kann man das Thema noch ein bisschen ergänzen. Der Befund, den Sie da ansprechen, ist natürlich auch mit Blick auf die politikwissenschaftliche Wahlforschung eklatant, immerhin wissen wir, dass die interpersonale Kommunikation einen extrem wichtigen Faktor bei solchen Entscheidungen darstellt. Insofern haben wir zwar die Medienforschung immer im Blick, überschätzen aber das Groteske. Der interpersonale Kontakt mit Freunden ist für die politische Meinungsbildung natürlich extrem wichtig. Es ist davon auszugehen, dass die Durchschlagskraft potenziell größer wäre als bei allen anderen Formaten, wenn man in diesen Raum mit solchen Angeboten hineinkäme.

Florian Kotscha (Karl-Arnold-Stiftung e. V.): Ich möchte noch einmal das Beispiel des Rezo-Videos ansprechen. Die Diskussion darüber zeigt, wie wichtig Multiplikatorenarbeit sein kann. Rezo ist ja nicht erst durch seine Videos zum politischen Geschehen bekannt geworden, sondern er hatte vorher eine gewisse Street Credibility bei der Zielgruppe der jungen Leute. In anderen Kontexten versuchen wir das auch zu nutzen, indem wir mit Leuten zusammenarbeiten, die in ihren jeweiligen Gruppen und Peergroups eine gewisse Street Credibility haben.

Wir arbeiten beispielsweise mit einem Verein zusammen, der mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen Graffitis gestaltet und Hip-Hop-Texte schreibt. Wir bilden den dort ehrenamtlich tätigen Kollegen zum Dozenten für politische Bildung aus, damit die kulturellen Ansätze auch mit politischen Bildungsansätzen zusammengedacht werden. Und die kulturellen Ansätze in diesem Bereich beinhalten eben auch digitale Formate.

Martin Schilling (Willi-Eichler-Akademie e.V.): Politische Bildung löst keine kurzfristigen Probleme. Vielmehr sagt Politik plötzlich, ein Problem sei vorhanden und die politische Bildung solle es lösen. Hätte man die politische Bildung vorher gefragt, hätte man aber bereits gewusst, dass es das Problem gibt oder es möglicherweise im Entstehen begriffen ist. Dies spielt sich ab zwischen Politik und Bildungseinrichtungen.

Als ich angefangen habe, Seminare zu geben, war es üblich, dass man freitags losfuhr und sonntagsabends zurückkam. Man hat sich dort nicht nur fortgebildet, sondern man hat sich auch mit vielen Leuten – auf die damalige Art und Weise – vernetzt. Heute haben viele der Interessierten schlichtweg ein Zeitproblem. Die einen können nur freitags vormittags, die anderen nur freitags nachmittags und die nächsten nur am Samstag, viele aber gar nicht, auch wenn sie sich angemeldet haben. Dieses Problem spielt bei der Organisation unserer Arbeitsstrukturen eine wichtige Rolle. Aber auch im Hinblick auf die Ausstattung ist dies relevant. Was können wir über andere Wege abwickeln, etwa über digitale Wege?

Politische Bildung hat nicht das Problem, nicht zu wissen, wo Probleme bestehen, vielmehr müssen wir die richtigen Formen der Bildung finden.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Hochschule für angewandte Wissenschaften München): Es ist ganz wichtig, dass zu der außerschulischen politischen Bildungsarbeit noch mehr längerfristige Wirkungsforschung stattfindet. Ich könnte einige Bereiche nennen, von denen ich denke, dass dies dort notwendig ist.

Im Hinblick auf Digitalisierung und Jugendkultur gibt es derzeit einen Hype. Ich würde beide Bereiche übrigens nicht gegeneinander ausspielen. Natürlich stellt sich in Bezug auf die digitale Bildung die Frage nach den Strukturen und den Ressourcen, und gerade in der schulischen Bildung besteht in dieser Hinsicht Bedarf.

Die digitale Bildung wird häufig in Form einer medienkritischen Diskussion praktiziert. Ich könnte viel darüber sagen, wie das bei uns an den Hochschulen gemacht wird.

NRW ist löblich im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Gerade im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit ist es nötig, dass sich endlich einmal Professoren und Lehrstühle explizit mit diesem Themenfeld beschäftigen. In Deutschland ist das nur selten ein Thema, was sehr schade ist, weil wir damit viel bewirken könnten. Es fehlt aber an der Qualität der Ausbildung der dort tätigen Personen.

Prof.'in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Ich wollte eigentlich etwas zu einem anderen Aspekt sagen, bleibe aber nun bei der Digitalisierung. Die Grundfragen politischer Bildung – Wie fördert man politische Urteilsfähigkeit? Wie befähigt man Schülerinnen und Schüler, Jugendliche sowie junge Bürgerinnen und Bürger Argumente zu hinterfragen und eine Meinung von einem Fakt zu unterscheiden? – stellen sich in digitalen Kontexten genauso wie in analogen. Diese Fragestellungen sind übergreifend, wobei aber die Herausforderungen und die Kontexte unterschiedlich sind.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Ich möchte noch eine Frage aufwerfen, die Herr Schilling bereits im Hinblick auf den Zeithorizont – kurzfristig und langfristig – angerissen hat. Bildung für demokratische Zusammenhänge muss immer das retardierende Moment der Demokratie vermitteln, dass nämlich manche Prozesse darauf angelegt sind, zu verlangsamen und zu entschleunigen.

Insbesondere Jugendliche kennen genau den gegenteiligen Mechanismus: Alles geht schneller, ich kann alles selbst und mache alles selbst und lasse auch niemand anderen ran. – Mit Blick auf die Fragen der Enquetekommission ist das nicht trivial; denn meiner Meinung nach geraten auch repräsentative Formate aufgrund dieses Prinzips unter Druck. Wenn man in allen möglichen lebensweltlichen Bereichen sein Leben selbst in die Hand nimmt, vom Check-in am Flughafen bis zu sonst etwas, warum soll man ausgerechnet in der Politik anderen Leuten etwas anvertrauen? Das kann man doch selbst machen.

Begegnet Ihnen dieses Phänomen in der politischen Bildung? Ist das ein Momentum und Treiber für Jugendliche? Wie begegnet man diesem Prinzip, und wie kann es seitens der repräsentativ verfassten Demokratie gelingen, nicht nur in eine Art Abwehrkampf zu geraten, sondern die Demokratie als wertvolles Format nach vorne zu stellen?

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Natürlich begegnet uns dieses Phänomen, und zwar jeden Freitag: Fridays For Future ist nichts anderes. Die Bewegung lebt von ihrer schnellen Vernetzung.

Wir benötigen Forschung über die Auswirkungen der Digitalisierung in allen Lebensbereichen, insbesondere in Bezug auf die interpersonelle Kommunikation und deren Auswirkungen auf die politische Kommunikation. Auch im Zusammenhang mit Fridays For Future stellt sich die Frage, wie schnell wir darauf reagieren können. Selbstverständlich müssen wir unsere Partner in die Lage versetzen, genau dies zu lernen. Dazu würde ich die Forschung ansprechen. Wir müssen ausbilden – das tun wir – und gleichzeitig aber auch dabei sein. Die Landeszentrale versucht, sich bei Instagram zu beteiligen, kombiniert dies aber mit analogen Formaten, um so auch zu entschleunigen.

Dr. Manfred Körber (Nell-Breuning-Haus): Ich möchte daran anschließen. Wir müssen stärker über den Zusammenhang zwischen politischer Bildung und politischer Bewegung sowie politischer Aktion sprechen. Das ist ein heikles, aber sehr wichtiges Thema – gerade im Rahmen der außerschulischen Bildung.

Gerade auf der Ebene politischer Aktionen bewegen wir uns sehr stark in Kontexten, die an die Kommunalpolitik anschließen. Bei den Demokratiewerkstätten setzen sich Leute zum Beispiel für die Schaffung einer Bushaltestelle ein. Und darüber entsteht dann ein kommunalpolitisches Gespräch mit den Leuten – beispielsweise auch mit dem syrischen Flüchtling – zu der Frage, warum unbedingt eine Bushaltestelle in diesem Viertel eingerichtet werden muss. In dieser Auseinandersetzung besteht das bereits beschriebene retardierende Moment.

In diesem Zusammenhang ist meiner Ansicht nach ein Traditionsschatz verloren gegangen, denn sowohl die Arbeiterbewegung als auch die katholisch-soziale Bewegung waren immer auch Bildungsbewegungen. Ich finde es ehrenwert, an diese Traditionen anzuknüpfen.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Im letzten halben Jahr haben wir uns mit dem kommunalpolitischen Ehrenamt und mit dem Umgang damit beschäftigt. Insofern besteht hier ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt zu den Beratungsgegenständen der Kommission.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Kommunalpolitik ist in den Lehrplänen – und in der Schulpraxis noch stärker – unterrepräsentiert, was mit den vorhin schon angesprochenen Bedingungen zusammenhängt.

Ich möchte davor warnen, den Eindruck zu erwecken, wir könnten vonseiten der politischen Bildung alle neuen Effekte, alle neuen Medien usw. proaktiv betreiben. Ein wesentlicher Aspekt der Wirkung von Fridays For Future usw. basiert auf der Authentizität der Beteiligten. Wir als politische Bildung können da nicht intervenieren und versuchen zu steuern. So etwas lässt sich nicht erzwingen.

Tatsächlich verfügen wir über eine Bildungsinstitution, die diese rationale Analyse leisten könnte, wenn sie nur entsprechend personell ausgestattet wäre: Das sind die Schulen, die hier im Moment nicht diskutiert werden.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Ich komme noch mal zurück auf das Stichwort „Digitalisierung". Auch in der politischen Bildung ist die Digitalisierung angekommen; Verfahren wie Exit Poll oder AnswerGarden werden mittlerweile sehr stark eingesetzt. Wir stehen dabei aber vor der Problematik, dass wir privatwirtschaftlichen Unternehmen millionenfach Daten unserer Schülerinnen und Schüler frei Haus liefern. Hier besteht ein datenschutzrechtliches Problem. Es müssten dringend Instrumente entwickelt werden, beispielsweise mithilfe zusätzlicher Mittel an die Landeszentrale für politische Bildung, um dieser datenschutzrechtlichen Problematik Herr zu werden.

Wir brauchen dringend Wirkungsforschung. Meines Erachtens besteht die Gefahr, dass manche dieser Verfahren ein sehr technisches Verständnis von Demokratie oder Partizipation fördern. Hierauf müssen wir Einwände finden.

Zum Thema „soziales Engagement an Schulen": Vonseiten der DVPB haben wir mehrfach schon empfohlen, ein Sozialpraktikum analog zum Betriebspraktikum zu etablieren, um das Sozialgesellschaftliche wieder stärker in den Vordergrund zu rücken.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Zu dem Stichwort der „Digitalisierung" können wir alle einen sozialwissenschaftlichen Beitrag leisten. Das ist interessanterweise auch in anderen Feldern der Fall. So sprießen etwa Institute für künstliche Intelligenz aus dem Boden. Ingenieure haben aber von Adaptability null Ahnung, um es vorsichtig auszudrücken. Diese Diskurse in den Technikwissenschaften sind extrem frei von Gesellschaftspolitik.

Das begegnet uns auch in vielen anderen Feldern: Sozialwissenschaftlich inspirierte Digitalisierungsforschung ist häufig Ergänzung und nicht Forschung an sich. Es geht dabei vor allem um den Transfer von Produkten. Ein Unternehmen, das solche Produkte entwickelt, sollte aber auch die aus der Technik entstehenden Folgen mitdenken.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Ich möchte zunächst ausdrücklich das, was Herr Dr. Körber und Frau Professorin Zurstrassen gesagt haben, unterstützen.

Außerdem möchte ich auf eine Anfangsbemerkung von Frau Dr. Becker eingehen: Brauchen wir die Trägervielfalt oder stehen wir vor einer Kannibalisierung? Meiner Meinung nach brauchen wir die Vielfalt, gerade vor dem Hintergrund, dass politische Bildung nur manchen zugutekommt.

Ich möchte für eine Stärkung der politischen Erwachsenenbildung in der außerschulischen Bildung eintreten. Einerseits spielen in dieser Hinsicht territoriale Fragen eine Rolle: Stadt–Land, Stadtteile–Innenstädte. Andererseits gehören aber dazu auch soziale Fragen, etwa welche Milieus teilnehmen und welche nicht. Letztlich geht es aber auch um generative Fragen. In der Erwachsenenbildung haben wir es schließlich mit Menschen zwischen 27 und 90 zu tun.

Wir brauchen also differenzierte Angebote, die diese drei Aspekte berücksichtigen.

Florian Kotscha (Karl-Arnold-Stiftung e. V.): Ich möchte noch einmal etwas zu der Entschleunigung sagen. In unserer praktischen Arbeit vor Ort machen wir die Erfahrung, dass die Prozessorientierung, das Abarbeiten an bestimmten Themen ganz automatisch zur Entschleunigung beiträgt.

Ein Beispiel: In unserer Demokratiewerkstatt wurde eine Wohnsituation thematisiert. Es hat fast zwei Jahre gedauert, bis die Bewohnerinnen und Bewohner erst einmal für sich selbst klar hatten, was sie überhaupt wollen. Sie mussten erst einmal untereinander Kompromisse finden, niemand konnte seine Maximalvorstellungen durchsetzen, und dann erst konnte man an die zuständigen Leute herantreten und mit Ihnen Lösungen diskutieren.

Solch ein demokratischer Prozess wird erst beim tatsächlichen Durchführen erlernt, also nach der Methode „Learning by Doing“, und dies trägt dann ganz automatisch zu einer Entschleunigung bei. Wenn mehrere Interessen unter einen Hut gebracht werden müssen, dann dauert es eben. Auch das ist Demokratiebildung, nämlich Demokratie zu leben.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Hochschule für angewandte Wissenschaften München): Ich möchte noch einmal den Aspekt „Kommunalpolitik“ aufgreifen. Als ich studiert habe, hieß es, diese sei ganz wichtig. Ich habe aber den Eindruck, dass sie eher außen vor ist, so wie Thomas Goll es dargestellt hat. Wir müssten sie ganz stark machen.

Ich bin gerade in drei Projekte unter Beteiligung von Stadträten eingebunden, bei denen es darum geht, jungen Menschen sowohl in der schulischen Bildung als auch außerschulisch Kommunalpolitik nahezubringen. Das Planspiel kann in diesem Sinne eine gute Methode darstellen.

Es wäre ganz wichtig, diesen Aspekt stärker zu machen als bisher. Ich weiß von Modellprojekten in anderen Bundesländern, die das deutlicher akzentuieren wollen. Ich kann nur aus der Erfahrung mit jungen Leuten sagen, dass diese die kommunale Ebene als bedeutsam empfinden. Deshalb plädiere ich dafür, mehr Projekte auf kommunalpolitischer Ebene zur Verknüpfung zwischen Politik, Jugend und Entscheidungsträgern durchzuführen.

Auch sollte man über den Dialog der Generationen nachdenken. Wir stehen nämlich in dieser Gesellschaft vor generationsübergreifenden Herausforderungen.

Dr. Manfred Körber (Nell-Breuning-Haus): Soeben ist die Frage aufgeworfen worden, wie wir in Sachen „Digitalisierung“ unterwegs sind. Wir als Bildungsträger haben ein kleines Experiment mit den Medienkompetenzschulen durchgeführt. Herr Schmitz, Sie haben bereits etwas Ähnliches angesprochen. Weil sich dieses Thema in einer Grauzone zwischen Privatem und Öffentlichem bewegt, haben wir entschieden, dies nicht über die Schulen, sondern über einen Heimerziehungsverbund durchzuführen. Wir wollen also die Heimerzieher, die vor dem Problem stehen, wie sie mit Jugendlichen in diesem Zusammenhang umgehen sollen, schulen und ihnen kritische Medienkompetenz vermitteln.

Martin Schilling (Willi-Eichler-Akademie e. V.): Es wurde sehr viel über politische Bildung in der Schule gesprochen. Wir brauchen natürlich auch die politische Bildung anderer Altersstufen, und zwar sehr dringend. Nach den Kommunalwahlen im nächsten Jahr werden wir bei der Besetzung der Räte große Schwierigkeiten haben – nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ –, weil die Leute diese Strukturen nicht mehr kennen. Die einen – etwa die Akteure von Fridays For Future – werden in Zukunft privat initiativ werden, und die anderen kommen dann auf uns zu, um zu fragen, wie sie in die vorhandenen Kanäle reinkommen können.

Dieses große Feld wird in Bezug auf die Alterspyramide nicht von unten aufgerollt werden, sondern von oben. Viele können in dem Bereich nicht mehr mithalten, und für diese müssen wir Angebote schaffen. Da ist das Digitale noch nicht einmal das Wichtigste, sondern eher das direkte Gespräch vor Ort. Schließlich muss man auch eine Vertrauensbasis schaffen, was in der Regel relativ lange dauert.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:45 Uhr bis 13 Uhr)

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Ich hoffe, dass wir in der zweiten Hälfte der Sitzung eine Fokussierung erreichen und mögliche Schwerpunkte identifizieren können.

Ich habe zwischendurch noch einmal in die Liste der Themenfelder, die wir vorab definiert hatten, hineingeschaut. Mein Eindruck ist, dass wir zumindest alle Themen schon einmal gestreift haben und es zu allen Aspekten Input gab.

Im Nachhinein, wenn das Protokoll vorliegt, werden wir vielleicht noch einmal auf Sie zukommen, etwa mit Rückfragen, aber auch mit Ableitungen oder weiterführenden Ideen. Die hinter diesem Format stehende Idee ist ja nicht, dass wir uns wechselseitig einfach nur erzählen, was politische Bildung ist – das passiert häufig genug –, sondern dass diese Ideen auch zu irgendwelchen Konsequenzen und Resultaten führen, die sich in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzen lassen.

Nachdem wir in der ersten Hälfte viel Anamnese betrieben haben, möchte ich in der zweiten Hälfte der Diskussion erreichen, dass wir darüber nachdenken, welches Rezept wir nun verschreiben wollen und wie die Dosierung dessen aussieht. Ich möchte Sie ermuntern, in diese Richtung zu denken. Sie dürfen gerne ganz konkrete Forderungen in den Raum stellen, an denen vonseiten des Landtags weitergearbeitet werden kann. Die Sonntagsrede ist schließlich montags bei der Haushaltsaufstellung vergessen.

Ich möchte noch einmal das Stichwort „Lehrerfortbildung“ einbringen. Es kann aber auch sein, dass ich dieses Stichwort bisher einfach überhört habe. Die Lehrerfortbildung ist ein für das Land durchaus wichtiges potenzielles Tätigkeitsfeld, zumal wir festgestellt haben, dass man mit der Institution Schule viele Bevölkerungsschichten erreicht. Mein Eindruck ist, dass die Lehrerfortbildung, um es vorsichtig zu sagen, durchaus ausbaufähig ist.

Im Hinblick auf die Lehrerfortbildung ist die bei der Erwachsenenbildung vorhandene Zielgruppenproblematik nicht so stark ausgeprägt. Dennoch gelangen wir zu der Erkenntnis, dass an den Gymnasien eine ganze Menge an Möglichkeiten bestehen, an

den anderen weiterführenden Schulen aber eher wenige. Es stellt sich die Frage, ob das auch für die Berufsschulen gilt.

Das setzt aber immer voraus, dass diejenigen, die politische Bildung praktizieren, auch selbst Ahnung haben. Man kann durchaus Zweifel haben, ob man alle unsere Absolventen ohne Weiteres auf Schüler loslassen sollte. Die Frage ist auch, was mit denjenigen ist, die schon längere Zeit an der Schule unterrichten.

Lassen sich daraus mit Blick auf die Lehrerfortbildungen nicht auch konkrete Handlungsempfehlungen ableiten: Was kann man praktisch tun? Was sind reale, sehr praktische, konkrete, greifbare Konsequenzen?

Ich möchte Sie ermutigen, in Ihren Beiträgen ganz konkret in diese Richtung zu denken, damit wir uns in der weiteren Diskussion auf Ihre Aussagen stützen können.

Prof.'in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Zu der Frage nach der Entschleunigung und der Partizipation in der repräsentativen Demokratie – das entspricht ja auch dem Fokus der Enquetekommission. Es gibt in der Schule Möglichkeiten der Schülerpartizipation in Form der Schülervertretung. Wir sehen darin eine Möglichkeit, entschleunigte Entscheidungsverfahren in der Schule nachvollziehen zu können, ohne dies mit dem Politischen gleichzusetzen.

In Nordrhein-Westfalen ist die rechtliche Situation in dieser Hinsicht sehr gut, aber wir stellen fest, dass die vorhandenen Möglichkeiten – Klassensprecherwahlen, Drittelparität, Mitentscheidungsmöglichkeiten in der Schulkonferenz – nicht genutzt werden. An manchen Gymnasien funktioniert das vielleicht ganz gut, lange aber nicht an allen, und an vielen nichtgymnasialen Sekundarschulen findet dies sehr viel seltener statt. Es stellt sich die Frage, wie man diese rechtlichen Grundlagen auch in die Wirklichkeit übertragen kann; schließlich handelt es sich um eine Vorgabe, dass Schüler partizipieren können müssen. Wie kann man das mit dem Fachunterricht verbinden? Dazu gleich mehr.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Ich möchte gerne eine Lanze für Berufsschulen und Berufsschullehrer brechen. Wir haben in unserem Projekt „Demokratie für mich", ein Demokratielernprojekt, das in den internationalen Flüchtlingsklassen Demokratielernen mit Sprachbildung verbindet, sehr engagierte Berufsschullehrer. Das ist möglich, weil die Direktoren dahinterstehen und sie für den Unterricht sowie für die sehr aufwändige, einjährige Qualifizierung freistellen. Das ist nicht im klassischen Fortbildungsprogramm des Schulministeriums enthalten, sondern die Landeszentrale führt dies mit den Schulen selbst durch.

Die Berufsschulen sind unglaublich gute Schulen, auf die wir das Augenmerk richten sollten. Gerade im Hinblick auf die Kommunalwahl ist das noch einmal wichtig, denn die Schülerinnen und Schüler wählen schließlich ab 16 Jahren.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Die meisten von uns kennen Benjamin Blümchen. Bei Benjamin Blümchen gibt es einen Bürgermeister, der

als korrupt dargestellt wird. Das ist politische „Verbildung“ durch die Hintertür für kleine Kinder.

Man erkennt auch hier wieder die Bedeutsamkeit der Kommunalpolitik. In dem Antrag der CDU, der dieser Kommission zugrunde liegt, ist der Begriff „Subsidiarität“ genannt. Wenn man aber die Kommunalpolitik nicht versteht, versteht man auch die Subsidiarität nicht; schließlich geht es dabei um unterschiedliche Zuständigkeiten, Gewichtungen usw.

Bei der bayerischen Veranstaltung „Lernort Rathaus“ können politische Bildung und schulische Bildung im außerschulischen Bereich zusammenarbeiten. Ich selbst habe zehn Jahre lang als Lehrer bei „Lernort Staatsregierung“ mitgemacht. Dabei werden mit vorbereiteten Materialien systematisch Schulklassen von den kommunalen Mitarbeitern begleitet. Das Ganze ist aber auch offen für die außerschulischen Mitwirkungsmöglichkeiten.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Ich möchte aus der Perspektive der außerschulischen Bildung gerne einen ganz konkreten Vorschlag machen. Können die Ergebnisse der Enquetekommission nicht Eingang in ein modernisiertes Weiterbildungsgesetz NRW finden? Dies sollte im Zeichen zweier Perspektiven stehen: stärken und öffnen. Wir tragen es seit Jahren vor: „Stärken“ müssen wir, um gut weiterarbeiten zu können, uns „öffnen“ müssen wir, um die Projektitis zu beenden und neue Formate mit neuen Zugängen zu neuen Zielgruppen zu schaffen. Dies sollte explizit mit differenzierten Förderstrukturen gesetzlich verankert werden.

NRW war immer ein Vorreiter bei der Weiterbildung sowie in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Eine Veränderung des Weiterbildungsgesetzes in einem großen Bundesland hätte eine Signalwirkung auf andere Bundesländer und damit auf die gesamte Community.

Dr. Manfred Körber (Nell-Breuning-Haus): Mir ist der Übergang zwischen der Schule und den außerschulischen Orten sehr wichtig. Teilweise bleibt uns nur noch die Finanzierung mit Eigenmitteln, wenn Projekte verschwinden. Bei „DEMOCRACY“ oder „Jugend partizipiert“ brechen Projekte weg, die wir dafür genutzt haben. Wir müssen die Kontinuität wahren. Gerade an nicht so gut ausgestatteten Schulen, Hauptschulen, Förderschulen und bei der Jugendberufshilfe sollte für verlässliche Strukturen gesorgt werden. Lehrer müssen in Zusammenarbeit mit eher sozialpädagogisch geprägten Kräften, die an einer solchen Einrichtung arbeiten, in einen Lernprozess verwickelt werden.

Die Veranstaltung „Lernort Rathaus“ finde ich spannend. Ich weiß nicht konkret, wie das in anderen Bundesländern läuft. Solche Projekte finde ich aber grundsätzlich gut; denn die Kommunalpolitik zu stärken, ist eine große Herausforderung für die Zukunft. Insofern ist es auch gut, dass dies im Rahmen einer solchen Enquetekommission in ihrer Gesamtheit betrachtet wird.

Prof.'in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Ich möchte mein Redebeitrag von soeben fortsetzen. Wir stellen, obwohl es für alle Schulen eigentlich eine recht ähnliche Grundlage gibt, eine ziemlich ungleiche Umsetzung der Schülervertretungen fest. Je besser der sozioökonomische Status ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass partizipative Strukturen in der Schule gelebt werden. Ich finde, dass es sich hier um ein systematisches Problem handelt.

Zur Lösung dieses Problems müsste man in der primären und sekundären Lehrerausbildung die Bedeutung der politischen Bildung stärken. Zumindest sollten die rechtlichen Grundlagen bekannt sein. Es ist ja manchmal nicht einmal den SV-Lehrern bekannt, welche Rechte die Schülerinnen und Schüler haben.

Inwiefern kann man auch auf der Schulleitungsebene anbringen, dass die Verwirklichung von Partizipationsmöglichkeiten eine Pflicht ist?

Prof.'in Dr. Andrea Szukala (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Ich möchte direkt daran anschließen. Seit den späten Nullerjahren ist die Situation der sozialwissenschaftlichen Fachdidaktik gut. Infolge der Baumert-Kommission ist eine umfangreiche Infrastruktur mit einer erheblichen professoralen Expertise aufgebaut worden. Diese sollte besser genutzt werden, nicht nur für die Lehrerausbildung. Es nutzt uns wenig, wenn wir sehr gut qualifizierte Politik-, Sowi- und GL-Lehrer auf den Markt bringen, diese aber nirgendwo an Bundeskollegs, Gesamtschulen, Hauptschulen oder Realschulen rekrutiert werden. Wenn dies nicht geschieht, müssen wir Angebote für einen fachfremd erteilten Unterricht und für eine Nachqualifizierung dieser Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Kontext tätig sind, schaffen.

Da muss etwas kommen; das kann nicht einfach ungeregelt so weitergehen, weil da unglaublich viel kaputt gemacht wird. Ich warne davor, das in dieser Form fortzuführen. Für die Berufskollegs haben wir uns – gerade auch Professorin Zurstrassen – sehr engagiert. Sie stellen die letzte Station im Sinne der demokratischen Allgemeinbildung dar, aber bis auf ein paar punktuelle Projekte passiert in diesem Bereich sehr wenig. Diese dramatische Situation muss geändert werden.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): In Duisburg haben wir einen Weiterbildungsstudiengang politikwissenschaftlicher Art aufgebaut und sind dabei auf interessante Hemmnisse für die universitäre Weiterbildung gestoßen. Auch das müsste noch geregelt werden. Die Weiterbildung an den Hochschulen wird über das Hochschulgesetz normiert und nicht über das Weiterbildungsgesetzes. Das produziert aber jede Menge Probleme und Kollateralschäden. Aus meiner Sicht ist das ein strukturelles Hemmnis dafür, dass sich die Hochschulen in dem Bereich engagieren. Wir müssen kostendeckend arbeiten, dürfen keine Infrastruktur nutzen und zahlen Miete an den Hausherren, und das bringt extreme finanzielle Restriktionen mit sich und macht unter anderem die Angebote extrem schlecht, weil wir gezwungen werden, Prüfungsregime zu implementieren, die in der Weiterbildung völlig fehl am Platz sind.

Ihre Forderung diesbezüglich würde offene Türen einrennen. Ich vermute, dass wir auch Fortbildungen sozialwissenschaftlicher Art für Lehrer anbieten könnten, wenn wir

das außerhalb dieser durch das Hochschulrecht normierten Weiterbildungsregularien ansiedelten.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Eine erste Maßnahme wäre es, politische Bildung für alle Lehramtsstudiengänge – nicht nur für die im sozialwissenschaftlichen Bereich – einzuführen. Es gibt ganz große Probleme mit Lehrkräften, die meinen, sie müssten politisch ausbilden, aber keine Ahnung haben.

Ich habe soeben schon den Vorschlag eines Sozialpraktikums für alle Schülerinnen und Schüler angesprochen. Die Enquetekommission trägt ja auch den Titel „Ehrenamt und Partizipation". Aus der Ehrenamtsforschung wissen wir, dass Ehrenämter aufgrund sozialer Netzwerke und sozialer Beziehungen besetzt werden. Das wäre eine Maßnahme.

Ein Beispiel: An der Universität Bielefeld haben wir in unserem Fach ein außerschulisches Praktikum integriert und kooperieren mit Institutionen der Flüchtlingshilfe. Nach dem Praktikum verbleibt ein Drittel der Studierenden weiterhin in diesen Institutionen und arbeitet dort engagiert mit.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Es gibt in Bayern ein Pflichtelement „Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung" in der zweiten Phase der Lehrerbildung. Jeder Referendar, jeder Lehramtsanwärter muss das durchlaufen. In NRW gibt es das nicht, das kann man aber recht einfach einführen.

Wenn man schon keine im Bereich „Politik" ausgebildeten Lehrkräfte an den Schulen hat, dann muss man die Lehrkräfte, die dieses Fach unterrichten, mittels Fort- und Weiterbildung qualifizieren. Diese Qualifikation ist eine staatliche Aufgabe bzw. Aufgabe des Landesinstituts. Allerdings braucht es zu diesem Zwecke größere Kapazitäten, als wir sie jetzt haben – auch an den Universitäten. Zur Implementierung ist aber auch eine entsprechende Struktur notwendig, die im Moment nicht vorhanden ist. Wir nehmen – ich bin Dekan meiner Fakultät – zum Wintersemester 1.200 Erstsemester auf und sind damit mehr als ausgelastet.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Es war viel von Weiterbildung und zuletzt von Schule die Rede. Ich möchte gerne einen Appell an diejenigen hier im Raum richten, die jugendpolitisch aktiv sind.

Wir in der Transferstelle erfahren einen großen Zulauf – wir können ihn gar nicht befriedigen – aus der Jugendarbeit, vor allen Dingen von Jugendämtern, die uns fragen, ob wir nicht Impulse geben können, wie man politische Bildung im Rahmen zum Beispiel der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder der Jugendsozialarbeit umsetzen kann. Dafür gibt es aber keine Struktur oder Förderung.

Ich habe letztens mit der Stiftung Mercator verhandelt, ob wir nicht ein Projekt mit dem Jugendministerium starten könnten, bei dem versucht wird, Kooperationen zwischen den Experten bzw. den ausgewiesenen Einrichtungen sowie Organisationen politischer Jugendbildung und den interessierten Trägern der Jugendarbeit zu bilden. Bei

einem solchen Projekt könnte das gemeinsame Know-how zusammengebracht und es könnten Hürden im Hinblick auf die Wahrnehmung der politischen Bildung abgebaut werden.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Was spricht eigentlich dagegen, solche Planspiele zu nutzen? Man könnte sie als Serviceagentur für die Kinder- und Jugendeinrichtungen der Wohlfahrtsverbände anbieten.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Ich möchte in diesem Zusammenhang den Demokratieführerschein bewerben. Dieser ist real und nicht simulierend.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Ich möchte noch einmal aus der Perspektive der außerschulischen Bildung die Themen „Professionalisierung“, „Fortbildung“ und „Qualifizierung“ aufgreifen. Wir haben keinen Zugang zu diesen Tätigkeiten.

Ich möchte anregen, dass von dieser Kommission ein Impuls ausgehen sollte, ein Professionalisierungskonzept für die außerschulische politische Bildung berufsbegleitend für die bei den Trägern und an anderen Stellen Tätigen aufzusetzen. Dies könnte in Kooperation der Landeszentrale mit der Wissenschaft und anderen Trägern ausgestaltet werden.

Auf Bundesebene starten wir mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung einen ersten Versuch. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Qualifizierung der in diesem Feld Tätigen, zur Sichtbarkeit dessen und im Sinne der Wirkungsforschung, wenn dies nach der Projektphase in die Länder weiter implementiert werden könnte. Diese Fragen hängen für mich unmittelbar miteinander zusammen.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Das kann ich nur unterstützen. Auch wir führen im Hinblick auf die Digitalisierung einen Diskurs, um dies durchzuführen.

Ich möchte auf die wunderbare politische Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen. Wir sind das einzige Bundesland, das 42 Einrichtungen der politischen Bildung aufweist, von Stiftungen bis hin zu freien Trägern, die ausschließlich bzw. zu mindestens 75 % in der politischen Bildung beschäftigt sind. Das gibt es nirgendwo anders. Mir ist wichtig, dass der Politik bewusst ist, dass wir in dieser Richtung bereits eine Menge tun und dass wir achtsam sein müssen.

Schauen Sie sich Ihre Region an – auf unserer Website finden Sie dazu eine kleine Karte –, was dort gemacht wird und wie Unterstützung geleistet werden kann. Auf diese Weise kann die Verknüpfung von politischer Bildung und Politik gestärkt werden.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Hochschule für angewandte Wissenschaften München): Viele Punkte sind bereits genannt worden. Ich möchte nur sagen, dass das Rad nicht mehr neu erfunden werden muss. Ganz wichtig ist die Verstärkung der Verknüpfung

zwischen der konkreten politischen Bildung und der Politik. Ich würde der Mitgliederkommissionen raten, die in diesem Zusammenhang bestehenden Möglichkeiten noch mehr zu nutzen.

Außerdem ist die Kommunalpolitik angesprochen worden. Es gibt viele Beispiele aus anderen Bundesländern, die man einfach übernehmen könnte, etwa aus Bayern oder Baden-Württemberg, wo es gute Modellprojekte gibt.

Auch wenn immer wieder auf deren Bedeutung hingewiesen wird, wird eine Wirkungsforschung meines Erachtens zu wenig umgesetzt. Dazu müssen gemeinsam mit der Wissenschaft, den Akteuren der politischen Bildung und der Legislative mehr Möglichkeiten geschaffen werden.

Im Hinblick auf die außerschulische Bildungsarbeit möchte ich die Jugendverbände nicht vergessen, die bei der politischen Bildung einen abweichenden Ansatz verfolgen, den ich gleichwohl für sehr wichtig halte. Dies sollte man nicht außen vor lassen. Man sollte vielmehr versuchen, in dieser Hinsicht mehr Modellprojekte auf den Weg zu bringen.

Gerade im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit halte ich es für sehr wichtig, eine stärkere Verknüpfung mit der wissenschaftlichen Begleitforschung herzustellen.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Die Liste der Vorschläge wächst. Ich möchte noch eine weitere Frage einbringen – vielleicht hat jemand dazu eine Idee.

Herr Kotscha, Sie hatten soeben auf die Zusammenarbeit mit organisierten zivilgesellschaftlichen Akteuren hingewiesen. Was ist denn mit den Leuten, die nicht organisiert sind, die also nicht über eine Institutionalisierung verfügen? Immerhin haben wir auch das Stichwort „soziale Verzerrung“ im Hinterkopf. Wie erreichen wir diejenigen, die auch sonst von niemandem erreicht werden, die in keinem Verein Mitglied sind, keine Selbsthilfeorganisation gründen und nirgendwo mitmachen? Da hilft es ja nicht, mit etablierten Trägern zusammenzuarbeiten. Wie kommt man an diese Leute heran?

Die Antwort auf diese Frage verbindet ein paar Punkte, die uns mit Blick auf die allgemeine politische Partizipation umtreiben. Wir sollten nicht in die Falle tappen, denen, die im Vergleich schon ganz viel haben, noch etwas obendrauf zu geben, und wiederum diejenigen vergessen, die es am allernötigsten hätten.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung, Martin. Wie kann man die aufsuchende, quartiersnahe politische Bildung stärken? In der ersten Hälfte dieser Sitzung ist bereits das Beispiel aus Köln-Chorweiler angesprochen worden. Dies steht in Verbindung mit der Frage, wie wir die Gruppen erreichen, die nicht von sich aus nach politischer Bildung fragen.

Prof.'in Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Volkshochschulen wurden noch gar nicht erwähnt. Sie arbeiten sehr niedrigschwellig, und ihr Angebot richtet sich traditionell eher an ein älteres Publikum. Als wie wichtig sehen Sie die Arbeit der Volkshochschulen in diesem Kontext an?

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Direkt eine Ergänzung dazu: Ich habe morgen das Vergnügen, bei einer Volkshochschule aufzutreten. Zu der Veranstaltung kommen 15 Leute, von denen ich 13 kenne. Es handelt sich um die 15 Stadtbekannten, die immer kommen, wenn irgendwas mit Politik passiert. Ansonsten kommt nie jemand.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Ich nehme nicht Stellung zum Stichwort „aufsuchende politische Bildung".

Als ein Problemfeld identifiziere ich die Unkenntnis der übereinanderliegenden Strukturen. In der Lehrerbildung wird selten auf die außerschulische politische Bildung hingewiesen. Zum Beispiel wäre es innerhalb der Studiengänge möglich, so etwas zu implementieren. Ich habe zum Beispiel schon einmal eine Vorlesungsreihe dazu veranstaltet.

Eine andere Möglichkeit ist es, Orte der Begegnung im regionalen Format zu schaffen, wo im Sinne der Lehrerfortbildung Träger der politischen Bildung, des schulischen und des außerschulischen Bereichs eingeladen werden, um sich kennenzulernen und zu erfahren, was es alles gibt. Dies könnte niederschwellig auf kommunaler Ebene passieren. Den meisten Akteuren ist die Landschaft einfach nicht bekannt, und wenn man sich nicht kennt, kann man auch nicht kooperieren.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Ich möchte den Vorschlag von Frau Menke unterstützen, stärker eine Weiterbildung für die Weiterbildenden zu implementieren. Ich würde aber vorschlagen, dabei auch die Universitäten einzubeziehen. Aus Erfahrungen zum Beispiel mit dem Projekt „Verstärker" der Bundeszentrale weiß ich, dass von den Teilnehmern eine stärkere wissenschaftliche Expertise gewünscht wird.

Zu der aufsuchendem politischen Bildung: Ich bitte darum, die Schulen stärker einzubeziehen. Das ist der Türöffner, um auch in Zukunft erfolgreich arbeiten zu können.

Prof.'in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Ich sehe es ähnlich wie Frau Professorin Zurstrassen: Auch an der Schule gibt es dieses Kannibalisieren bzw. dieses Gegeneinander. Die ergänzenden Perspektiven sind meiner Meinung nach sehr wichtig. Aber die Schule ist der Ort, an dem wir bis zu einem gewissen Alter alle erreichen. Dort können außerschulische bzw. schulische Konzepte greifen.

Frau Zurstrassen hat das Sozialpraktikum und die Partizipation angesprochen. Aus meiner Sicht ist das kein Ersatz für Fachunterricht oder für eine fachliche politische Bildung, denn wir brauchen einen Ort, an dem Schülerinnen und Schüler darüber re-

flektieren können, was sie erfahren haben, wo sie sich kritisch davon distanzieren können und wo sie ein reflexives Verhältnis zur Partizipation entwickeln können, um zu entscheiden, ob sie aktiv partizipieren, wo sie sich raushalten und ob und in welcher Form sie Einfluss nehmen wollen.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Ein Gedanke zu der Entwicklung schulischer Segregation. Wir stellen eine soziale Verzerrung entlang von Schulformen bzw. Vierteln fest, in denen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen selbst in der Schule nicht mehr begegnen. In Düsseldorf-Oberkassel beispielsweise kommen die Schüler mit bestimmten sozialen Erscheinungsformen nie in Kontakt. Gibt es dazu Ideen Ihrerseits?

Prof.'in Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal): Frühe Segregation der Schülerinnen und Schüler ist für deren politische Bildung nicht gut, gerade auch im Hinblick auf Inklusivität und Vielfalt. Natürlich ist es aus Perspektive der politischen Bildung ein Riesenproblem, wenn wir die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse trennen.

Ein ganz großer Teil der Segregation in Sachen politische Bildung geht auf die Unterschiede zwischen den Schulformen zurück. Aus Bielefeld kamen im Zusammenhang mit den Lehrplänen ganz viele Analysen, die besagten, dass eine systematische Ungleichbehandlung allein aufgrund des höheren Anteils an Fachfremden entsteht. An den Gymnasien wird den Schülern viel stärker das Bild „aktiv mitgestalten" vermittelt, während an den Hauptschulen das „anpassen", „mitmachen", „zurechtkommen" im Vordergrund steht. Das ist ein Riesenproblem.

Prof.'in Dr. Andrea Szukala (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Ich möchte daran anschließen. Wir als Experten – ich denke, da spreche ich für alle – möchten gerne auch mal andere Prozesse sehen, wenn es um die Innovierung von Curricula geht. Wir würden uns gerne stärker mit unserer Expertise engagieren, wenn neue Curricula geschrieben werden.

Mit Blick auf die anwesenden Abgeordneten möchte ich darauf hinweisen, dass wir diese Civic Learning Spaces brauchen, nicht nur innerhalb der Schule, sondern auch – ich möchte anregen, das bitte ins Auge zu fassen – in Bezug auf das Wahlalter. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Diskussion darüber, das Wahlalter zur Landtagswahl abzusenken. Ich halte das für essenziell, weil wir dann in der Schule mit den Schülerinnen und Schülern entsprechend arbeiten können.

In der Forschung wird oft repliziert, dass ein Erstwähler, der angeleitet durch die Schule gewählt hat, dabei bleibt und sein Leben lang diese bürgerliche Praxis verfolgt. Verfassungspolitik mit der politischen Bildung an der Schule zu koppeln, könnte einen wichtigen Hebel zur Aufhebung dieser sozialen Spreizung bei der Wahlbeteiligung beitragen.

Florian Kotscha (Karl-Arnold-Stiftung e. V.): Zu der Frage, wie wir diejenigen erreichen können, die bisher noch nirgendwo organisiert sind. In der Praxis erproben wir im Moment den Ansatz, nicht mit fertigen Konzepten oder Methoden in die Quartiere zu gehen, sondern mit den engagierten Multiplikatoren aus einer bestimmten Peergroup zu überlegen, wie wir diejenigen erreichen können, die nicht in der Familienbildung, der kulturellen Bildung oder sonstigen kulturellen Angeboten verankert sind. In Modellprojekten versuchen wir, Methoden zu identifizieren und zu entwickeln und auch für andere Träger verfügbar zu machen.

Ich kann den bisherigen Wortbeiträgen nur beipflichten: Auch wir wünschen uns eine Begleitforschung, um feststellen zu können, inwieweit die Bildungsinstrumente wirksam sind. Wir haben zu diesem Zweck kein Konzept nach Schema A, sondern es handelt sich um eine Demokratiewerkstatt, und der Begriff „Werkstatt“ beinhaltet bereits, dass wir erst einmal ein bisschen ausprobieren müssen.

Martin Schilling (Willi-Eichler-Akademie e. V.): Die Landeszentrale hat in den letzten Jahren so etwas wie eine Demokratietour auf den Weg gebracht. Auch wenn dies nicht immer von Erfolg geprägt ist, handelt es sich um ein mögliches Instrument. Wichtig ist dabei aber, dass die politische Bildung rausgegangen ist. Auch wir als Einrichtung sind häufig nicht so vorgegangen, auch weil die Vorgaben entsprechend ausgestaltet sind.

In Bezug auf Schulwettbewerbe im entwicklungspolitischen Bereich sowie im politischen Bereich stellt man fest, dass an den Schulen ein hohes Engagement vorhanden ist. Allerdings endet dies meist mit dem Wettbewerb, und es werden wenige Projekte fortgeführt.

Ich betreue einen großen Schulwettbewerb zum Thema „Entwicklungspolitik“. Ungefähr 800 Schulklassen beteiligen sich daran und arbeiten über ein Jahr lang mit Unterrichtsmaterialien an den Themen. Dennoch brauchen wir eine noch stärkere Vernetzung zur politischen Bildung.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Vor dem Hintergrund meiner 20-jährigen Erfahrung in Sachen „Kooperation mit Schule“ möchte ich davor warnen, das Heil allein dort zu suchen. Schule ist selbst ein hochselektives System, und die Kooperation mit Schule funktioniert nach wie vor nach Maßgabe der Schulen. Die spärlich vorhandene Wirkungsforschung zur außerschulischen Bildung besagt, dass diese eben dann gut funktioniert, wenn sie gerade nicht ist wie Schule.

Zu der Frage von Herrn Professor Bovermann zum Stichwort „aufsuchend“. Wenn wir die Strukturen stärken, die nichtorganisierte Jugendliche zum Beispiel in einer offenen Kinder- und Jugendarbeit erreichen können, sie qualifizieren und dort Kooperationen mit anderen außerschulischen Expertinnen und Experten unterstützen, ist schon sehr viel gewonnen. Ganz aktuell ist das Interesse daran hoch.

Frau Springenberg-Eich und ich sind die Erfinderinnen des Demokratieführerscheins. Diesen bieten die Volkshochschulen für Jugendliche an. Sie begleiten die Jugendlichen, damit diese sich aktiv und real in die Kommunalpolitik einbringen.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Frau Becker, Sie sagten gerade, außerschulische Bildung dürfe nicht aussehen wie Schule, es müsse anders sein als Schule, um erfolgreich zu sein, und sie solle nicht den verpflichtenden Charakter, den Schule hat, aufweisen. Lohnt es sich nicht auch, das Ganze dann nicht „politische Bildung“ zu nennen? Schließlich denken dann alle: Lasst mich doch zufrieden mit dem langweiligen Zeug. – Ich meine nicht, dass das alleine hilft, aber es könnte sinnvoll sein, das Thema ein bisschen pfiffiger zu verkaufen. „Politische Bildung“ klingt so ein bisschen nach Telekolleg, 70er-Jahre und Ärmelschoner.

Dr. Helle Becker (Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e. V.): Ich möchte gerne auf diese Frage eingehen. Wir haben im Beirat eine Diskussion darüber geführt, wie wir dieses Ding nennen sollen. Das Wort „Demokratieführerschein“ fand ich eigentlich ganz schrecklich, die Evaluation hat aber gezeigt, dass Jugendliche sehr stark davon angesprochen wurden. Das Signal, man werde ermächtigt und bekomme einen Führerschein, wurde gerade von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als ganz wichtig angesehen.

Barbara Menke (Bundesausschuss Politische Bildung c/o BAK Arbeit und Leben): Ich kann mich den Meinungen zur aufsuchendem Bildungsarbeit anschließen und möchte mich ganz stark dafür aussprechen, im Rahmen der außerschulischen Bildung auch politische Sozialisationsorte in allen Lebensbereichen zu verankern. Wie Herr Schilling gesagt hat, geht das nur, indem man rausgeht und Formate nutzt, die sich nicht sofort als politische Bildung outen.

Wir führen ein Projekt in Greifswald Vorpommern durch. Dort fahren unsere politisch Bildenden mit den Autos in die Dörfer, steigen aus und suchen den Kontakt. Die Leute vor Ort hören zu, und daraus ergeben sich Themen. Es gibt schließlich kein Thema, das keinen Bezug zum Politischen hat. Daraus entwickelt sich prozesshaft etwas, und dies endet nicht immer in einem Seminar, sondern vielleicht auch mal in einem Kinoabend zu einem Thema mit anschließender Diskussionsrunde.

Will man alle erreichen, dann muss man den Mut haben, so etwas auch auszuprobieren und weiterzuentwickeln. Ich bin der festen Überzeugung, dass das auch die Träger der politischen Bildung leisten können.

Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung NRW): Ich meine, dass aufsuchende politische Bildungsarbeit eine Möglichkeit ist, um Menschen, die bisher nicht adressiert wurden bzw. die nicht partizipiert haben, zum Mitmachen zu ermuntern.

Einerseits geht es dabei um sie selbst, aber es geht dabei auch um Bildung. Man lernt dabei immer auch, wie man in dem vorgegebenen Rahmen der Grund- und Menschenrechte agieren kann und was man davon hat. Das ist Demokratiebildung, und dazu braucht es qualifizierte Leute. Diese können von Trägern der politischen Bildung kommen, aber auch von den Volkshochschulen. Letztere sind genauso an Demokratiewerkstätten beteiligt. Zum Beispiel wird die Werkstatt in Stolberg von einem Träger betrieben, der im Nell-Breuning-Haus sitzt und mit der Volkshochschule zusammenarbeitet. Das ist zwar kein Allheilmittel, aber dennoch wichtig.

Man kann etwas dafür tun, indem man zum Beispiel mehr Geld für solche Projekte gibt.

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Wir haben über Segregation im Zusammenhang mit Schule gesprochen. In der Grundschule kommen eigentlich alle Schichten zusammen. Es wurde bereits festgestellt, dass man von der Kita an politische Bildung praktizieren kann. Man hat dann sozusagen die Jugend im Blick.

Wir könnten aber auch die Eltern in den Blick nehmen. Gibt es Elternbildungsprojekte im Bereich der Grundschule?

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Hochschule für angewandte Wissenschaften München): Zum Thema „Volkshochschulen“ und zu der Frage, wie wir andere Zielgruppen erreichen können. Das erwähnte Volkshochschulprojekt „Europa im Rathaus“ war vollständig offen ausgeschrieben. Wir wussten nicht, wer alles kommen wird, und es war generationsübergreifend angelegt.

In München findet im Oktober eine große Reihe zur Klimapolitik statt, ein offenes Format, bei der wir eine sehr große Simulation durchführen werden. Wir müssen die Themen der jungen Menschen ansprechen, und nach meinem Eindruck gehören dazu die Klimapolitik, Arbeit und Mobilität und die Frage, wie wir unsere Nachbarschaft organisieren können. Auch bei einem Modellprojekt in Hamburg-Harburg überlegen wir, wie wir so etwas gestalten können. Ich meine, auf diese Weise könnte man wesentlich mehr junge Menschen erreichen.

Sinnvoll ist es, junge Menschen auszubilden, die mit jungen Menschen politische Bildung praktizieren, Peer-to-peer-education. In dieser Hinsicht gibt es gute Beispiele, und diese sollten wir noch stärker ausbauen.

Prof.’in Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW): Eine kurze Replik auf Frau Hahn-Laudenberg: Das Sozialpraktikum, dass die DVPB vorschlägt, ist kein Ersatz für politische Bildung, sondern eine Maßnahme. Politische Bildung ist mehr als Institutionenkunde. Es geht darum, dass Schülerinnen und Schüler lernen, wie Gesellschaft funktioniert, und dass sie sich gesellschaftlich orientieren können. Die Gesellschaft soll immer an die Schulen kommen, und dort würden wir das Ganze in die andere Richtung öffnen. Darin bestände auch eine Möglichkeit, wie die Schule beispielsweise mit Eltern oder mit anderen Institutionen stärker ins Gespräch kommen kann.

Martin Schilling (Willi-Eichler-Akademie e. V.): Frau Menke hat gerade darauf hingewiesen, dass NRW in den 70er-Jahren, als das Weiterbildungsgesetz entstanden ist, eine Vorreiterrolle eingenommen hat, weil hier sehr viel in dieser Richtung gemacht worden ist. Damals waren die Parteien aber – auch aus Eigeninteresse – durchaus stark daran interessiert, und es war auch eine politisierte Zeit.

Ich bin seit 40 Jahren in der politischen Bildung und stelle fest, dass der Kontakt zu den Parteien und deren Interesse schwächer geworden ist. Die Kommunikation hat sich verändert in: Macht ihr mal schnell was. – Parteien rekrutieren aber aus diesem Umfeld möglicherweise nicht nur Wähler, sondern auch Leute, die aktiv werden sollen. Insofern kann man nur den Appell an die Parteien richten, nicht nur zu fragen, was die anderen machen, sondern selbst etwas dafür zu tun, dass wieder ein Bewusstsein für Politik entsteht. Wenn diese Grundvoraussetzung nicht gegeben ist, sprechen wir immer nur über Randbereiche, etwa über Finanzierung und Ähnliches.

Ich bin in der SPD, und ich rate den Parteien, es stärker zu betonen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Ich möchte noch einmal auf die Elternarbeit eingehen. Wir sind in den Bereichen „Kita und Schule“, „Elternarbeit“ und „Schülerarbeit“ im Hinblick auf die Professionalität von Berufen unterschiedlich sozialisiert. Möglicherweise wissen wir gar nicht, dass es Projekte in diesem Bereich gibt, weil wir keine Schulpädagogen sind, sondern Fachdidaktiker. Deshalb kann ich nicht sagen, dass es nichts gibt, kann aber zumindest sagen, dass ich nichts in dieser Richtung kenne – und ich kenne mich in dem Kontext politische Bildung recht gut aus.

Um Strukturen zu bilden, müssten wir mehr solcher runden Tische veranstalten, bei denen Mitglieder verschiedener Professionen zusammenkommen und sich über ihre Arbeit austauschen; denn in diesem Bereich befindet sich einer der blinden Flecken der schulischen Fachdidaktik.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Ich verstehe sie so, dass wir die Anamnese routinemäßig in anderen Formaten als bisher fortsetzen sollten, um voneinander etwas zu lernen und nicht immer das Rad neu zu erfinden.

Sebastian Schmitz (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen): Ich möchte dafür plädieren, innovativer und etwas risikoaffiner zu agieren und neue Formate zu nutzen. Es sollten die Personen, die bereits Aufmerksamkeit genießen, einbezogen werden, um Aufmerksamkeit auf die politische Bildung zu lenken – etwa die Influencer bei den Jugendlichen.

Man kann auch an die Ortsvereine appellieren, Politik wieder an die Schulen zu bringen, für eine stärkere Vernetzung zu sorgen, dort für Politik zu werben und gerade im lokalen Raum die Selbstwirksamkeit darzustellen. Damit werden Beispiele geschaffen, die zeigen, wie man sich politisch einbringen kann.

Moderator Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): Ich für meinen Teil fühle mich überfordert, zusammenzufassen, was wir alles besprochen haben. Dennoch versuche ich ein kurzes Schlussstatement. Mein Eindruck war, dass wir in der zweiten Hälfte die Kurve auch im Blick auf sehr konkrete Handlungsempfehlungen bekommen haben. Aber auch im ersten Teil waren eine Menge Anregungen enthalten, aus denen man in einem nächsten Schritt noch etwas machen kann. Es sollte also nicht dabei bleiben, die im zweiten Teil formulierten expliziten Handlungsempfehlungen an den Landtag zu adressieren, sondern es sollten auch Inhalte aus der ersten Runde aufgegriffen werden.

Im weiteren Fortgang kommen Sie als Expertinnen und Experten vielleicht noch einmal ins Spiel. Wir werden im Nachgang zu dieser Sitzung und zur Vorbereitung der Sitzung, in der die Enquetekommission das Thema noch einmal ganz explizit besprechen wird, den Versuch unternehmen, die besprochenen Inhalte auf maximal fünf Seiten zusammenzufassen. Angesichts der vielen besprochenen Aspekte stellt uns das vor eine große Herausforderung. Wir hoffen aber, dass solch eine Vorlage die Chance hat, auch gelesen und weiterhin diskutiert zu werden. Diese Vorlage soll nicht nur eine Bestandsaufnahme darstellen, sondern in die Diskussion der Enquetekommission überleiten und Handlungsempfehlungen aufzeigen.

Ihre konkreten Handlungsempfehlungen werden sicherlich von den Mitgliedern der Kommission wieder eingebracht werden.

Außerdem werden wir vielleicht noch einmal auf Sie zukommen, wenn sich uns die Frage stellt, ob wir etwas richtig verstanden haben und ob Ihre Meinung korrekt zusammengefasst oder verkürzt wiedergegeben worden ist. An vielen Stellen werden wahrscheinlich Fragezeichen auftauchen, wo ein Thema angerissen worden ist und wir nur eine vage Ahnung haben, worum es geht. In solchen Fällen würden wir noch einmal bei Ihnen rückfragen.

Weiterhin möchte ich Sie ganz herzlich dazu einladen, uns auch noch im Nachgang der Sitzung weitere Ideen, konkrete Überlegungen und Handlungsempfehlungen mitzuteilen. Ich werde diese Anregungen bündeln und in die Arbeit der Kommission einspeisen. Anschließend werden wir intern darüber diskutieren, was daraus folgt und was Entscheidungsreife erlangen kann. Dafür haben wir noch ein paar Monate Zeit.

Ich bedanke mich für die vielen tollen Ideen, die Anregungen und für Ihre Bereitschaft, sich auf das Gespräch einzulassen. Ich stelle fest, dass einige Ideen auch durch die wechselseitige Anregung entstanden sind.

Danke für Ihre Zeit, für Ihr Engagement und für ihr Kommen. Vielen Dank auch an Stephanie Ortelbach, die Graphic Recorderin, für das entstandene Bild.

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Ich möchte mich bei Dr. Martin Florack bedanken, der diesen Round Table erfunden und moderiert hat. Vielleicht haben wir heute eine neue Form von Anhörungen entwickelt, die viel effektiver ist als das, was bisher in der parlamentarischen Praxis ausgeübt worden ist.

gez. Dr. Stefan Nacke
Vorsitzender

2 Anlagen
13.09.2019/13.09.2019
50

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission III
„Politische Bildung“

am Mittwoch, dem 4. September 2019
11.00 bis 14.00 Uhr, Villa Horion, Kabinettsaal

Verteiler

Frau Professorin
Dr. Katrin Hahn-Laudenberg
Bergische Universität Wuppertal
Wuppertal

Herr Professor Dr. Thomas Goll
Technische Universität Dortmund
Dortmund

Herr Professor Dr. Stefan Rappenglück
Hochschule für angewandte
Wissenschaften München
München

Frau Barbara Menke
Bundesausschuss Politische Bildung
c/o BAK Arbeit und Leben
Wuppertal

Frau Professorin Dr. Andrea Szukala
Westfälische Wilhelms-
Universität Münster
Münster

Frau Professorin Dr. Bettina Zurstrassen
Deutsche Vereinigung für politische
Bildung Landesverband NRW
Duisburg

Herr Florian Kotscha
Karl-Arnold-Stiftung e.V. Köln
Köln

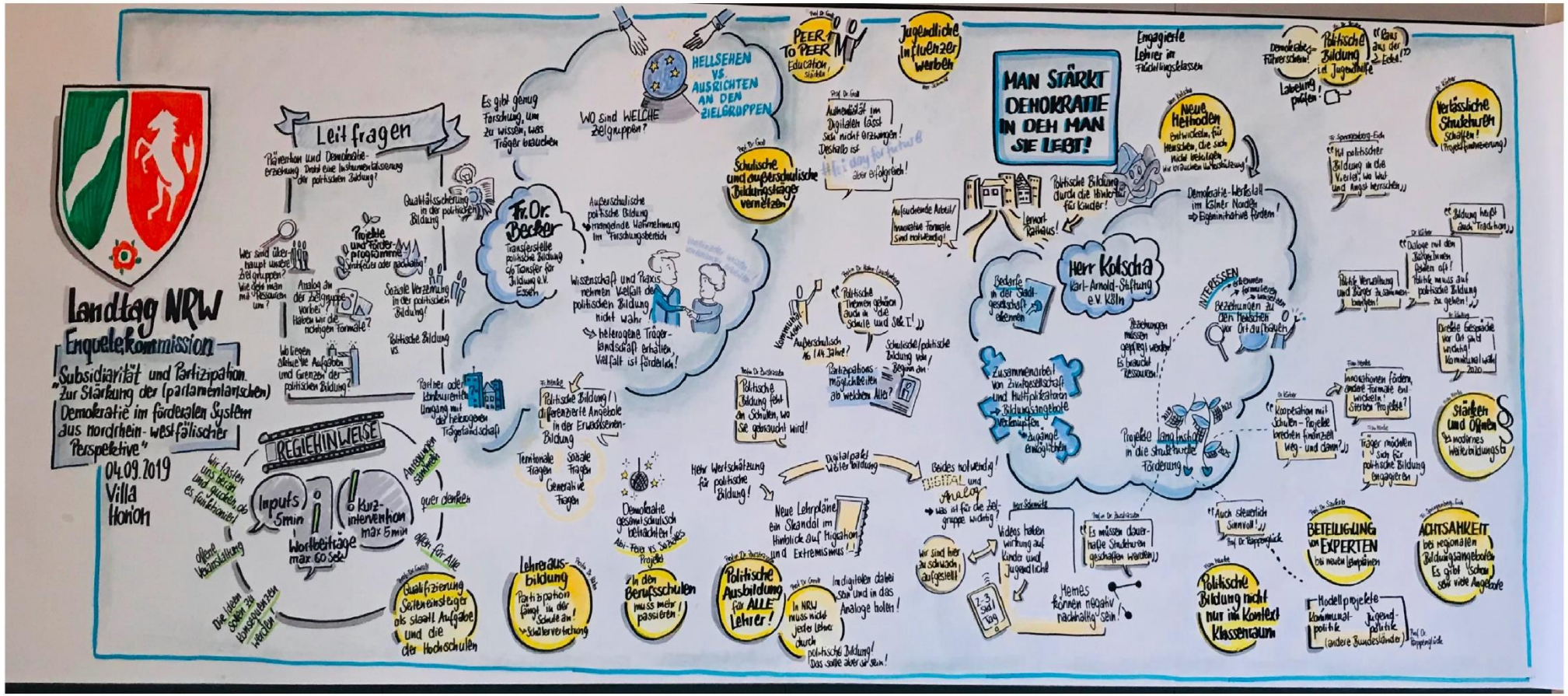
Herr Dr. Manfred Körber
Nell-Breuning-Haus
Herzogenrath

Herr Martin Schilling
Willi-Eichler-Akademie e.V.
Köln

Herr Sebastian Schmitz
Rheinisch-Westfälische
Technische Hochschule Aachen
Aachen

Frau Dr. Helle Becker
Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Essen

Frau Maria Springenberg-Eich
Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen im Ministerium für
Kultur und Wissenschaft des Landes
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

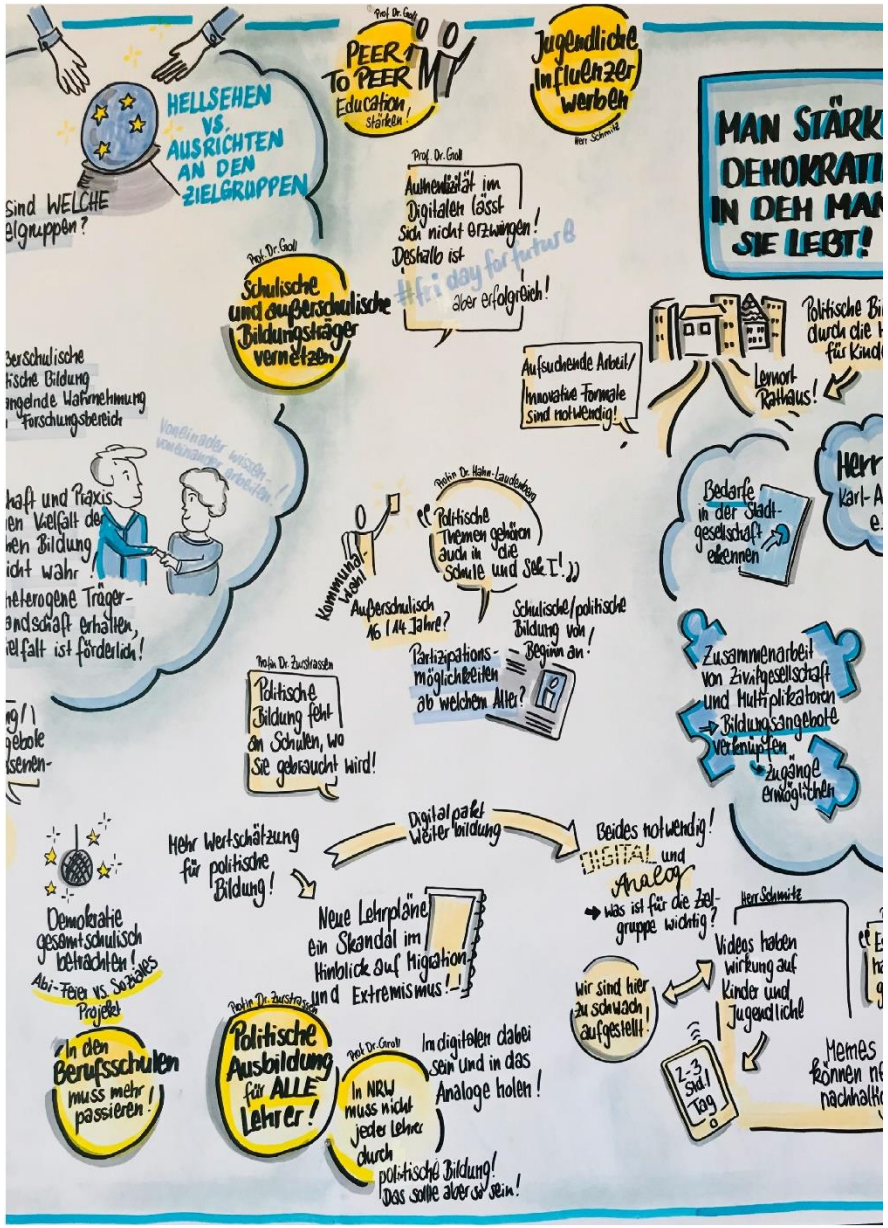

Landtag NRW
Enquetekommission
„Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im förderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive"
04.09.2019
Villa Horion
Leitfragen
Prävention und Demokratie-erziehung. Droht eine Instrumentalisierung der politischen Bildung?
Es gibt genug Forschung, um zu wissen, was Träger brauchen
WO sind WELCHE Zielgruppen?
HELLSEHEN VS. AUSRICHTEN AN DEN ZIELGRUPPEN
PEER TO PEER Education stärken
Jugendliche Influenzer werben
MAN STÄRKT DEMOKRATIE IN DEM MAN SIE LEBT!
Engagierte Lehrer im Flüchtlingsklassen
Politische Bildung i.d. Jugendhilfe
Demokratie-Führerschein!
Labeling prüfen!
Neue Methoden entwickeln, für Menschen, die sich nicht beteiligen
Vertässliche Strukturen schaffen! (Projektfinanzierung)
Fr. Dr. Becker
Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e.V. Essen
Außerschulische politische Bildung mangelnde Wahrnehmung im Forschungsbereich
Wissenschaft und Praxis nehmen Vielfalt der politischen Bildung nicht wahr
heterogene Trägerlandschaft erhalten, Vielfalt ist förderlich!
Schulische und außerschulische Bildungsträger vernetzen
Politische Bildung durch die Hinterhöfe für Kinder!
Lernort Rathaus!
Herr Kolscha
Karl-Arnold-Stiftung e.V. Köln
Demokratie-Werkstatt im Kölner Norden ⇒ Eigeninitiative fördern!
Bedarfe in der Stadtgesellschaft erkennen
Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Multiplikatoren ⇒ Bildungsangebote verknüpfen ⇒ zugänge ermöglichen
Projekte langfristig in die strukturelle Förderung
Politische Bildung feht an Schulen, wo sie gebraucht wird!
Politische Bildung / differenzierte Angebote in der Erwachsenen-Bildung
Territoriale Fragen
Soziale Fragen
Generative Fragen
Demokratie gesamtschulisch betrachten!
Abi-Feier vs. Soziales Projekt
Politische Bildung nicht nur im Kontext Klassenraum
Hodellprojekte Kommunalpolitik Jugendpolitik (andere Bundesländer)
BETEILIGUNG von EXPERTEN bei neuen Lehrplänen
ACHTSAMKEIT bei regionalen Bildungsangeboten Es gibt schon sehr viele Angebote
Stärken und Öffnen des modernen Weiterbildungs
REGIEHINWEISE
Inputs 5min
Kurzintervention max 5min
Wortbeiträge max 60 Sek
Anregungen sammeln
quer denken
offen für Alle
offene Veranstaltung
Die Ideen sollen zu Konsequenzen werden!
Qualifizierung Seiteneinsteiger als staatl. Aufgabe und die der Hochschulen
Lehrerausbildung
Partizipation fängt in der Schule an! Schülervertretung
In den Berufsschulen muss mehr passieren!
Politische Ausbildung für ALLE Lehrer!
Neue Lehrpläne ein Skandal im Hinblick auf Migration und Extremismus!
Digitalpakt Weiterbildung
Beides notwendig! DIGITAL und Analog
Was ist für die Zielgruppe wichtig?
Wir sind hier zu schwach aufgestellt!
Videos haben wirkung auf Kinder und Jugendliche
Es müssen dauerhafte Strukturen geschaffen werden
Hemes können negativ nachhaltig sein!
Auch steuerlich sinnvoll!
Hier Wertschätzung für politische Bildung!
Politische Bildung feht an Schulen, wo sie gebraucht wird!
Politische Themen gehören auch in die Schule und Sek I!
Schulische/politische Bildung von Beginn an!
Partizipationsmöglichkeiten ab welchem Alter?
Aufsuchende Arbeit/ Innovative Formate sind notwendig!
Kommunalwahl
Außerschulisch ab 14 Jahre?
Demokratie-Werkstatt im Kölner Norden ⇒ Eigeninitiative fördern!
Bezeichnungen müssen gepflegt werden! Es braucht Ressourcen!
INTERESSEN
Bezeichnungen zu den Menschen vor Ort aufbauen
Politik verwaltung und Bürger zusammenbringen!
Dialoge mit den Bürgerinnen fehlen oft! Politik muss auf politische Bildung zu gehen!
Direkte Gespräche vor Ort sind wichtig! Kommunalwahl 2020
Innovationen fördern, andere Formate entwickeln! Sterben Projekte?
Träger möchten sich für politische Bildung engagieren
Kooperation mit Schulen – Projekte brechen finanziell weg- und dann?
Hier Wertschätzung für politische Bildung!
Indigitalen dabei sein und in das Analoge holen!
In NRW muss nicht jeder Lehrer durch politische Bildung! Das sollte aber sein!

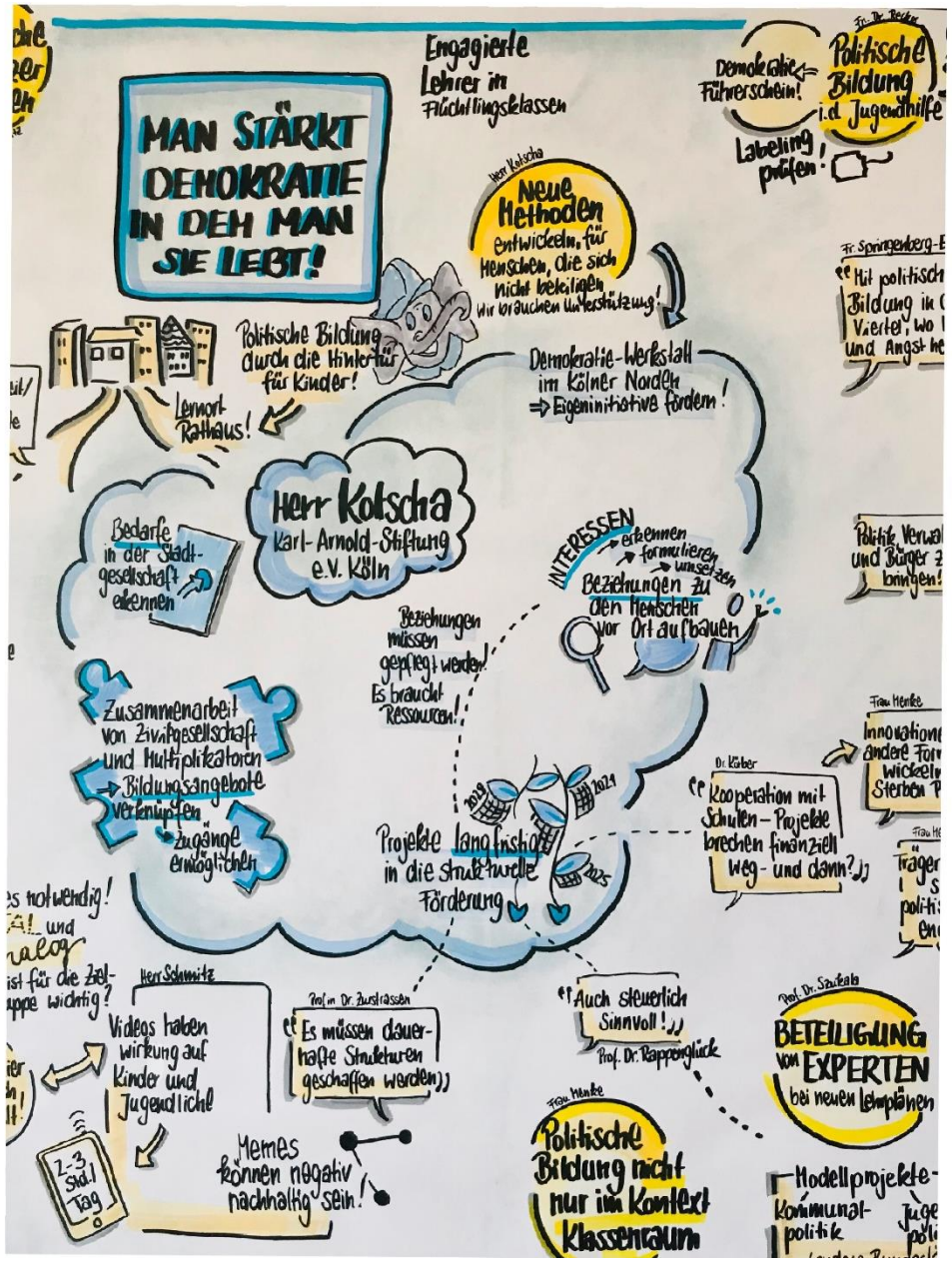
REGIEHINWEISE
Inputs 5min
Wortbeiträge max. 60 Sek.
Kurz-intervention max 5min
Wir tasten uns heran und gucken, ob es funktioniert
Anregungen sammeln
quer denken
offen für Alle
offene Veranstaltung
Die Ideen sollen zu Konsequenzen werden!
Prof. Dr. Groll
Qualifizierung Seiteneinsteiger als staatl. Aufgabe und die der Hochschule

Leitfragen
Es
For
zu
Prävention und Demokratie-erziehung: Droht eine Instrumentalisierung der politischen Bildung?
Qualitätssicherung in der politischen Bildung
Projekte und Förder-programme – Strohfeuer oder nachhaltig?
Wer sind über-haupt unsere Zielgruppen? Wie geht man mit Ressourcen um?
Analog an der Zielgruppe vorbei? Haben wir die richtigen Formate?
Soziale Verzerrung in der politischen Bildung!
Politische Bildung vs.
Wo liegen aktuelle Aufgaben und Grenzen der politischen Bildung?
n.
schen)
Partner oder

PEER TO PEER Education stärken!
HELLSEHEN VS. AUSRICHTEN AN DEN ZIELGRUPPEN
Es gibt genug Forschung, um zu wissen, was Träger brauchen
WO sind WELCHE Zielgruppen?
Schulische und außerschulische Bildungsträger vernetzen
Fragen
Qualitätssicherung in der politischen Bildung
Fr. Dr. Becker
Transferstelle politische Bildung c/o Transfer für Bildung e.V. Essen
Außerschulische politische Bildung → mangelnde Wahrnehmung im Forschungsbereich
Soziale Verzerrung in der politischen Bildung!
Politische Bildung vs.
Wissenschaft und Praxis nehmen Vielfalt der politischen Bildung nicht wahr!
→ heterogene Trägerlandschaft erhalten, Vielfalt ist förderlich!
Partner oder Konkurrenten? Umgang mit der heterogenen Trägerlandschaft
Fr. Henke
Politische Bildung / differenzierte Angebote in der Erwachsenen-Bildung
Territoriale Fragen
Soziale Fragen
Generative Fragen
Prof'in Dr. Zurstrassen
Politische Bildung fehlt an Schulen, wo sie gebraucht wird!
Mehr Wertschätzung für politische Bildung!
Neue Lehrpläne ein Skandal im Hinblick auf Rigas und Extremismus
Demokratie gesamtschulisch betrachten!
Abi-Feier VS. Soziales Projekt
In den Berufsschulen muss mehr passieren!
Prof'in Dr. Zurstrassen
Politische Ausbildung für ALLE Lehrer!
Prof. Dr. Caroll
In NRW muss nicht jeder Lehrer durch politische
Anregungen sammeln
quer denken
offen für Alle
Kurz-intervention max 5 min
Prof. Dr. Caroll
Qualifizierung Seiteneinsteiger als staatl. Aufgabe und die der Hochschulen
Lehrer-ausbildung
Partizipation fängt in der Schule an! → Schülervertretung
Prof'in Dr. Hahn

Prof Dr. Goll
PEER TO PEER Education stärken!
Jugendliche Influenzer werben
Herr Schmitz
SEHEN
S.
ICHTEN
DEN
GRUPPEN
Prof. Dr. Goll
Authentizität im Digitalen lässt sich nicht erzwingen! Deshalb ist #friday for future aber erfolgreich!
Prof. Dr. Goll
Schulische und außerschulische Bildungsträger vernetzen
Aufsuchende Arbeit/ Innovative Formate sind notwendig!


HELLSEHEN VS. AUSRICHTEN AN DEN ZIELGRUPPEN
Prof. Dr. Groll
PEER TO PEER Education stärken!
Jugendliche Influenzer werben
Herr Schmitz
MAN STÄRK
DEMOKRATI
IN DEM MA
SIE LEBT!
Prof. Dr. Groll
Authentizität im Digitalen lässt sich nicht erzwingen! Deshalb ist #fri day for future aber erfolgreich!
Prof. Dr. Groll
Schulische und außerschulische Bildungsträger vernetzen
Aufsuchende Arbeit/ Innovative Formate sind notwendig!
Lernort Rathaus!
Voneinander wissen- voneinander arbeiten!
Bedarfe in der Stadtgesellschaft erkennen
Herr
Karl-A
Prof. Dr. Hahn-Laudenberg
Politische Themen gehören auch in die Schule und Sek I!
Kommunal Wahl
Außerschulisch 16/14 Jahre?
Schulische/politische Bildung von Beginn an!
Partizipationsmöglichkeiten ab welchem Alter?
Prof. Dr. Zurstrassen
Politische Bildung fehlt an Schulen, wo sie gebraucht wird!
Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Multiplikatoren
Bildungsangebote verknüpfen
Zugänge ermöglichen
Digitalpakt Weiterbildung
Mehr Wertschätzung für politische Bildung!
Beides notwendig!
DIGITAL und Analog
was ist für die Zielgruppe wichtig?
Herr Schmitz
Videos haben wirkung auf Kinder und Jugendliche
Demokratie gesamtschulisch betrachten!
Abi-Feier vs. Soziales Projekt
Neue Lehrpläne ein Skandal im Hinblick auf Migration und Extremismus!
Wir sind hier zu schwach aufgestellt!
2-3 Std./Tag
Memes können ne nachhalti
In den Berufsschulen muss mehr passieren!
Prof. Dr. Zurstrassen
Politische Ausbildung für ALLE Lehrer!
Prof. Dr. Groll
In NRW muss nicht jeder Lehrer durch politische Bildung! Das sollte aber so sein!
Im digitalen dabei sein und in das Analoge holen!


MAN STÄRKT DEMOKRATIE IN DEM MAN SIE LEBT!
Engagierte Lehrer in Flüchtlingsklassen
Demokratie Führerschein!
Politische Bildung i.d. Jugendhilfe
Labeling prüfen!
Herr Kotscha
Neue Methoden entwickeln, für Menschen, die sich nicht beteiligen
Wir brauchen Unterstützung!
Politische Bildung durch die Hintertür für Kinder!
Lernort Rathaus!
Demokratie-Werkstatt im Kölner Norden
⇒ Eigeninitiative fördern!
Herr Kotscha
Karl-Arnold-Stiftung e.V. Köln
Bedarfe in der Stadtgesellschaft erkennen
INTERESSEN
erkennen
formulieren
umsetzen
Beziehungen zu den Menschen vor Ort aufbauen
Beziehungen müssen gepflegt werden!
Es braucht Ressourcen!
Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Multiplikatoren
→ Bildungsangebote verknüpfen
Zugänge ermöglichen
Projekte langfristig in die strukturelle Förderung
2023
2024
2025
Dr. Körber
Kooperation mit Schulen – Projekte brechen finanziell weg – und dann?
Frau Henke
Herr Schmitz
Videos haben Wirkung auf Kinder und Jugendliche
Prof. in Dr. Zurstrassen
Es müssen dauerhafte Strukturen geschaffen werden
Auch steuerlich sinnvoll!
Prof. Dr. Rappenglück
Prof. Dr. Szukala
BETEILIGUNG von EXPERTEN bei neuen Lehrplänen
Memes können negativ nachhaltig sein!
Frau Henke
Politische Bildung nicht nur im Kontext Klassenraum
Modellprojekte-Kommunalpolitik
2-3 Std. / Tag

Engagierte Lehrer in Flüchtlingsklassen
Fr. Dr. Becker
Politische Bildung i.d. Jugendhilfe
Demokratie Führerschein!
Labeling prüfen!
„Raus aus der Ecke!"
Dr. Körber
Verlässliche Strukturen schaffen! (Projektfinanzierung)
Herr Katscha
Neue Methoden entwickeln, für Menschen, die sich nicht beteiligen
Wir brauchen Unterstützung!
Fr. Springenberg-Eich
„Mit politischer Bildung in die Viertel, wo Wut und Angst herrschen"
Demokratie-Werkstatt im Kölner Norden
⇒ Eigeninitiative fördern!
„Bildung heißt auch Tradition"
Dr. Körber
„Dialoge mit den BürgerInnen fehlen oft! Politik muss auf politische Bildung zu gehen!"
Politik, Verwaltung und Bürger zusammenbringen!
INTERESSEN
erkennen
formulieren
umsetzen
Beziehungen zu den Menschen vor Ort aufbauen
Hr. Schilling
Direkte Gespräche vor Ort sind wichtig! Kommunalwahl 2020
Frau Henke
Innovationen fördern, andere Formate entwickeln! Sterben Projekte?
Dr. Körber
„Kooperation mit Schulen – Projekte brechen finanziell weg – und dann?"
Frau Henke
Träger möchten sich für politische Bildung engagieren
Frau Henke
Stärken und Öffnen
modernes Weiterbildungsg
2019
2021
2025
langfristig
die strukturelle Förderung
„Auch steuerlich sinnvoll!"
Prof. Dr. Rappenglück
Prof. Dr. Szukala
BETEILIGUNG von EXPERTEN bei neuen Lehrplänen
Fr. Springenberg-Eich
ACHTSAMKEIT bei regionalen Bildungsangeboten
Es gibt schon sehr viele Angebote
Frau Henke
Politische Bildung nicht nur im Kontext Klassenraum
Modellprojekte
Kommunalpolitik
Jugendpolitik
(andere Bundesländer)
Prof. Dr. Rappenglück

und Angst herrschen"
"Bildung heißt auch Tradition"
Dr. Körber
"Dialoge mit den BürgerInnen fehlen oft! Politik muss auf politische Bildung zu gehen!"
Politik, Verwaltung und Bürger zusammen-bringen!
Hr. Schilling
Direkte Gespräche vor Ort sind wichtig! Kommunalwahl 2020
Frau Henke
Innovationen fördern, andere Formate ent-wickeln!
Henke